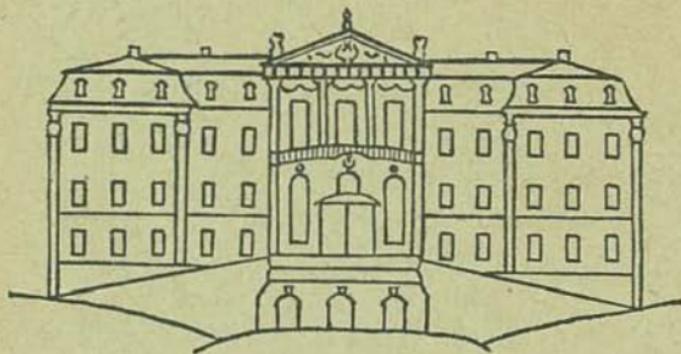


Zehn Jahre
Deutsche Demokratische Republik —
zehn Jahre
steten wirtschaftlichen Aufstiegs

Von einem Autorenkollektiv
der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
unter Leitung von Achim Strehle



Hefte aus Burgscheidungen

Zehn Jahre
Deutsche Demokratische Republik —
zehn Jahre
steten wirtschaftlichen Aufstiegs

Von einem Autorenkollektiv
der Zentralen Schulungsstätte „Otto Nuschke“
unter Leitung von Achim Strehle

22

Herausgegeben von der Zentralen Schulungsstätte der CDU
„Otto Nuschke“ in Verbindung mit der Parteileitung der
Christlich-Demokratischen Union

Inhaltsverzeichnis

	Seite
I. Vom wirtschaftlichen Chaos 1945 bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik	5
Das Potsdamer Abkommen — Grundlage für eine deutsche Friedenswirtschaft	5
Die Kräfte von gestern beschreiten den Weg der Spaltung Deutschlands	6
Aus eigener Kraft zu wirtschaftlichem Aufstieg ..	
Die historische Notwendigkeit der Gründung der DDR und ihre ökonomische Basis	7
 II. Der Weg der Deutschen Demokratischen Republik zum Sozialismus	 8
1. Die Entwicklung der Volkswirtschaft	8
2. Die sozialistische Industrialisierung	10
Der Ausbau der Grundstoffindustrie — die wichtigste Aufgabe	11
Das Bauwesen — ein Grundpfeiler des sozialistischen Aufbaus	13
Die Schwerindustrie — die materielle Basis für die fortgeschrittene Technik	14
Die Leichtindustrie als Hebel für die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung	15
Die privatkapitalistische Industrie und ihre Teilnahme am Aufbau des Sozialismus	16
3. Die Herausbildung neuer sozialistischer Produktionsverhältnisse auf dem Lande — das Ziel der Agrarpolitik der DDR	18

	Seite
Die ökonomische Basis der Landwirtschaft und das Bündnis der Arbeiterklasse mit den werktätigen Bauern	19
Die Liquidierung der Kleinbauern — der westdeutsche Weg zur Großflächenwirtschaft	21
Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR	22
 4. Handwerk, Handel und Verkehr im Dienste des sozialistischen Aufbaus	 25
Das Handwerk in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus	25
Der Handel — das Bindeglied zwischen Fertigung und Verbrauch	28
Privater und sozialistischer Einzelhandel wirken Hand in Hand für die Bevölkerung	29
Der Außenhandel — friedlicher Mittler zwischen den Völkern	31
Das Verkehrswesen trug zur Beschleunigung des Entwicklungstemps bei	33
 5. Wachsende individuelle und gesellschaftliche Konsumtion — Beweis der Sorge um den Menschen in der DDR	 35
Die Lohn- und Preispolitik unserer Regierung führt zur ständigen Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung	35
Das Gesundheits- und Sozialwesen in der DDR — Vorbild für ganz Deutschland	39
Volksbildung und Kultur dienen der umfassenden Entwicklung aller Glieder der Gesellschaft..	43
 III. Die Deutsche Demokratische Republik — Basis für den Sieg des Sozialismus in Deutschland	 46

Quellenverzeichnis

- Statistisches Jahrbuch der DDR 1957, Berlin 1958.
- Statistisches Jahrbuch der DDR 1958, Berlin 1959.
- Jahrbuch der DDR 1956, Berlin 1956.
- Jahrbuch der DDR 1957, Berlin 1957.
- Deutsches Wirtschaftsinstitut, Bericht 6/59, 8/59, 14/59.
- Informations-Archiv des Deutschen Instituts für Zeitgeschichte.
- Die Finanzwirtschaft (Agitationsmaterial des Ministeriums der Finanzen), Berlin 1958.
- Agitationsmaterial der Gemeinsamen Kommission „Zehn Jahre DDR“.
- Götting: „Der Sozialismus ist die Zukunft und der Friede“ (Referat auf dem 9. Parteitag der CDU).
- Kühne: Die halbstaatlichen Betriebe in der DDR („Hefte aus Burscheidungen“ Nr. 13).
- „Drei Jahre Staatliche Beteiligung“ (Broschüre der Parteileitung der CDU).
- „Der Schritt in die Zukunft“ (Studienmaterial 2a zum Politischen Studium der CDU 1957/58).
- „Neue Möglichkeiten im privaten Einzelhandel“ (Broschüre der Parteileitung der CDU).
- Die Quellensammlung wurde von Absolventen der Zentralen Schulungsstätte unterstützt.

I. Vom wirtschaftlichen Chaos 1945 bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik

Als im Mai 1945 unter den Schlägen der sowjetischen Truppen die Reste der nazistischen Herrschaft vernichtet wurden, verblieb dem deutschen Volk als traurige Hinterlassenschaft des Hitler-Krieges ein unbeschreibliches wirtschaftliches Chaos. Das war die Folge des imperialistischen Machtstrebens der deutschen Monopolkapitalisten. Ihre Handlanger, die deutschen Faschisten, hatten den totalen Krieg verkündet und diesen mit ihrer verblendeten Propaganda bis „fünf Minuten nach zwölf“ geführt. Fast die gesamte Industrie war auf die Rüstungsproduktion umgestellt worden und bei Beendigung des Krieges zum größten Teil durch Bombenangriffe und durch andere Kriegseinwirkungen zerstört. Handel und Verkehr waren lahmgelegt, die Landwirtschaft war vernachlässigt. Alle für die deutsche Wirtschaft notwendigen Handelsbeziehungen waren unterbrochen. Ausgemergelte, erschöpfte Frauen und nur wenige Männer standen als Arbeitskräfte zur Verfügung.

Das Potsdamer Abkommen —

Grundlage für eine deutsche Friedenswirtschaft

Die Alliierten, die sich über die zukünftige Entwicklung Deutschlands ursprünglich nicht einig waren — die Pläne der imperialistischen Westmächte erstreckten sich bekanntlich von vornherein auf die Zerstückelung Deutschlands —, legten dann unter dem Druck der sowjetischen Vorschläge im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 politische und wirtschaftliche Grundsätze fest. Diese hatten „als Richtschnur zur Behandlung Deutschlands“ zu dienen. Unter Ziffer 14, Abschnitt B dieses Dokumentes heißt es:

„Während der Zeit der Besetzung ist Deutschland als einheitliches wirtschaftliches Ganzes zu betrachten. Zu diesem Zweck ist eine gemeinsame Politik festzusetzen hinsichtlich . . .“, und dann folgt die Aufzählung aller wichtigen wirtschaftlichen Bereiche. In Ziffer 16 wird die Bildung eines deutschen Verwaltungsapparates gefordert. Außerdem enthalten die Potsdamer Beschlüsse auch Bestimmungen über die Vernichtung des deutschen Kriegspotentials, die Entflechtung von Kartellen, Syndikaten, Trusts und anderen Monopolvereinigungen.

Damit war die Möglichkeit gegeben, die Lehren aus der Geschichte zu ziehen und eine einheitliche deutsche Friedenswirtschaft aufzubauen, die den Bedürfnissen des schuldig gewordenen deutschen Volkes gerecht wurde. In einer Welt aber, in der die Wirtschaft lediglich dem Ziel untergeordnet ist, möglichst hohe Profite zu erzielen, kann von vornherein keine Regelung angestrebt werden, die den In-

teressen des Volkes dient. Diese Zielsetzung wurde auch bald in den westlichen Besatzungszonen Deutschlands offenbar.

Die Kräfte von gestern beschreiten den Weg der Spaltung Deutschlands

1947 erfolgte der wirtschaftliche Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone zur sogenannten „Bi-Zone“. Nach dem politischen Schacher mit dem Saargebiet wurde der Bizone auch die französische Zone angeschlossen, und es entstand die „Tri-Zone“. Westdeutschland wurde durch die Marshall-Plan-Hilfe (nach Berichten des Deutschen Wirtschaftsinstitutes etwa 1,4 Milliarden Mark) mehr und mehr von den USA, als dem kapitalkräftigsten der Westalliierten, abhängig. Die Separatkonferenz der westlichen Großmächte und der Benelux-Staaten gab 1948 mit den „Londoner Empfehlungen“ genaue Anweisungen zur Bildung eines westdeutschen Teilstaates. Die wirtschaftlichen Maßnahmen dazu wurden mit der separaten Währungsreform im Juni 1948 eingeleitet. Das sollte eine erneute Desorganisation der Wirtschaft, besonders in Berlin, hervorrufen. Es machte sich notwendig, diese durch Gegenmaßnahmen zu verhindern. Die Mark der Deutschen Notenbank wurde eingeführt, Verkehr und Handel unterlagen notwendigen Beschränkungen, welche im Interesse der Bevölkerung des geteilten Landes lagen.

Als sich am 20. September 1949 unter dem bekannten Rhein-Ruhr-Separatisten Adenauer eine westdeutsche Regierung bildete, die sich einem Besatzungsstatut unterwarf, konnte die imperialistische Außenpolitik unter dem Deckmantel einer „deutschen Regierung“ einen vorläufigen Schlußstrich unter die ökonomische und politische Spaltung Deutschlands ziehen. Alle Versuche der Sowjetunion, auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens Deutschland als ein einheitliches Wirtschaftsgebilde zu erhalten, scheiterten, nicht zuletzt auch an der politischen Konzeption der Westmächte, der Truman-Doktrin. Westdeutschland mit seinen Menschen und seinem Wirtschaftspotential sollte der Stärkung der imperialistischen Front gegen die Sowjetunion und die anderen Länder des Sozialismus dienen.

Aus eigener Kraft zu wirtschaftlichem Aufstieg

In der damaligen sowjetischen Besatzungszone wurde auf der Grundlage des Potsdamer Abkommens, mit Unterstützung der Besatzungsmacht, eine Friedenswirtschaft aufgebaut, ohne kapitalistische Schuldverpflichtungen und immer im Hinblick auf ein zukünftiges demokratisches Gesamtdeutschland. Dies wurde unter anderem durch die Bodenreform und durch die Überführung von Betrieben der Nazikriegsverbrecher und Monopolkapitalisten in die Hände des Volkes ermöglicht und dokumentiert. Die groß-

zügige, selbstlose Hilfe der sowjetischen Besatzungsmacht für die deutsche Wirtschaft kam auch dadurch zum Ausdruck, daß im Januar 1947 die Demontagen eingestellt wurden. 200 zur Demontage vorgesehene Betriebe wurden in SAG umgewandelt, von denen 74 im März des gleichen Jahres an die Länder übergeben wurden, die restlichen später.

Die historische Notwendigkeit der Gründung der DDR und ihre ökonomische Basis

Aus der wirtschaftlichen und politischen Situation im Herbst 1949 ergab sich die Notwendigkeit, die Deutsche Demokratische Republik, den Staat der Arbeiter und Bauern, als Grundstein für ein friedliches und einheitliches Deutschland zu errichten. Nur damit konnte der nationale Notstand, hervorgerufen durch die Gründung des Bonner Separatstaates, beseitigt werden.

Im Gegensatz zu den Westzonen verfügte die junge Deutsche Demokratische Republik über ein gesundes, wenn auch erst im Wachstum begriffenes ökonomisches Fundament, nämlich das Volkseigentum an den wichtigsten Betrieben und eine Landwirtschaft, frei von junkerlicher Ausbeutung und Unterdrückung. Im Jahre 1950, im ersten Lebensjahr unserer jungen Republik, betrug die industrielle Bruttoproduktion, die im sozialistischen Sektor der Wirtschaft erzeugt wurde, bereits 76,5 % der gesamten Produktion.

Die sozialistische Basis — eben das Volkseigentum an den Produktionsmitteln — erforderte von Anfang an eine planmäßige Entwicklung der Volkswirtschaft auf der Grundlage der objektiven ökonomischen Gesetzmäßigkeiten. Im Interesse der gesamten Bevölkerung bildete sich ein Wirtschaftsgefüge, frei von krisenhaften und anarchischen Störungen. Die wichtigsten Betriebe befanden sich bereits in den Händen des Volkes und konnten, unterstützt von den Maßnahmen des Staatsapparates, auf die vorhandene kapitalistische Wirtschaft im Sinne eines planmäßigen Aufbaus einwirken. Daneben war noch ein starker Sektor der kleinen Warenwirtschaft vorhanden, von dem 1950 rund 21,9 % des gesellschaftlichen Gesamtprodukts erzeugt wurden. Etwas über zwei Drittel der landwirtschaftlichen Nutzfläche wurden von den werktätigen Bauern bearbeitet. Knapp über die Hälfte des Einzelhandelsumsatzes erzielten private Händler.

Die Politik des Staates ging seit Anfang an von dem Bündnis mit den Bauern und allen anderen werktätigen Schichten aus. Seine wirtschaftlichen Maßnahmen zielten darauf ab, dieses Bündnis zu festigen und jede Restaurierung der monopolistischen und junkerlichen Kräfte zu verhindern.

II. Der Weg der Deutschen Demokratischen Republik zum Sozialismus

1. Die Entwicklung der Volkswirtschaft

Im Interesse der möglichst vollständigen Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen entsprechend dem Grundgesetz des Sozialismus war es notwendig, eine planmäßige proportionale Entwicklung der Volkswirtschaft einzuleiten, wobei die führende Rolle der Partei der Arbeiterklasse als Triebkraft in Erscheinung trat. Auf Vorschlag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands und mit Unterstützung aller Parteien und Massenorganisationen wurde der Zweijahrplan zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft aufgestellt und in den Jahren 1949 und 1950 durchgeführt. Dieser bereits vor der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik angelaufene Plan wurde im Juli 1950 vorfristig erfüllt.

Wesentlich dazu beigetragen hat das sich entwickelnde Bewußtsein der Arbeiter, nicht mehr für Konzernherren zu schuften, sondern Anteil zu haben an den Ergebnissen ihrer Arbeit und an der ökonomischen Entwicklung ihrer Betriebe. Das äußere Zeichen einer inneren Umwandlung der werktätigen Menschen war die Tat Adolf Henneckes, der in einer Sonderschicht am 13. Oktober 1948 seine Tagesnorm als Bergmann mit 380 % übererfüllte. Das war der Anstoß zur Aktivistenbewegung und zu Wettbewerben, in denen die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik, Arbeiter, Angestellte, Angehörige der technischen Intelligenz und andere Wissenschaftler, ihre schöpferischen Kräfte zum Wohle der Gesellschaft entfalteten.

Dieses neue Bewußtsein fand auch seinen Niederschlag im Gesetz der Arbeit vom April 1950. Darin wurde — ebenso wie in der Verfassung — festgelegt, daß jeder Bürger Anspruch auf einen seinen Fähigkeiten entsprechenden Arbeitsplatz hat. In der Deutschen Demokratischen Republik steht dieses Grundrecht nicht auf dem Papier, wie zum Beispiel in Westdeutschland mit dem ständigen Arbeitslosenheer und der großen Zahl Kurzarbeitender. Im Gegenteil fehlen bei uns auf vielen Gebieten der Wirtschaft noch geeignete Arbeitskräfte, obwohl sich immer mehr Frauen in den Arbeitsprozeß eingliedern.

Die Vergrößerung der Zahl der Beschäftigten ist aber nicht entscheidend bei der Erhöhung der Produktionsleistung. Die Einführung moderner Fertigungsverfahren und hochentwickelter Maschinen war ausschlaggebend für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Das mußte bei der weiteren Planung Beachtung finden.

Der III. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands stellte 1950 die Aufgabe, die Volkswirtschaft systematisch in einem Fünfjahrplan zu entwickeln. Dieser Plan diente vor allem dem gleichmäßigen Aufbau der gesamten Volkswirtschaft und der wesentlichen Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung. Damit zeichnete sich immer deutlicher für jeden Bürger der Deutschen Demokratischen Republik die Richtigkeit des Weges zum Sozialismus ab. Die Erfüllung des ersten Fünfjahrplanes mit 104,4 % in der industriellen Bruttoproduktion konnte als Grundlage für die Lösung noch größerer Aufgaben gelten, wie sie jetzt durch die Aufstellung des Siebenjahrplans vor uns stehen.

Die Arbeitsproduktivität nahm in den ersten fünf Jahren um über die Hälfte zu. Das ist vor allem der aktiven Mitarbeit der Werktätigen, ihre Teilnahme an der Lenkung und Leitung der Wirtschaft zu verdanken. 1 773 534 Bürger der Deutschen Demokratischen Republik beteiligten sich 1955 an Wettbewerben; nach dem Stichtag vom 15. Dezember 1958 waren es bereits 2 476 262 Werktätige, die im sozialistischen Wettbewerb standen. 1 735 682 Werktätige nahmen — um ein anderes Beispiel zu nennen — im letzten Quartal 1955 an Produktionsberatungen teil; für den Zeitraum vom 15. September bis 15. Dezember 1958 erhöhte sich die Zahl der Teilnehmer auf 3 913 027.

Eine Großindustrie, geschaffen unter kapitalistischen Bedingungen, war als notwendige materielle Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus schon vorhanden. Die Erkenntnisse der marxistischen Politischen Ökonomie — als Teil der Ideologie der Arbeiterklasse — und die praktischen Erfahrungen der Sowjetunion gaben jedoch Anlaß, die Industrie als den größten und bedeutendsten Teil unserer Volkswirtschaft über den vorhandenen Stand hinaus weiter auszubauen. Die vom Kapitalismus übernommene Industrie befand sich nicht auf dem Höchststand des technischen Fortschritts, mit dem die Lebenslage der Gesellschaft verbessert werden kann. Es war notwendig, die Disproportionalität zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen, auch zwischen Industrie und Landwirtschaft, zu überwinden und die Verteidigung des Landes zu sichern.

Die Volkswirtschaftspläne, als Teil der Fünfjahrpläne unter Beteiligung der Bevölkerung jeweils für ein Jahr beschlossen, gaben die Gewähr, die gesteckten Ziele zu erreichen. Die Zuwachsrate der industriellen Produktion stieg in der Deutschen Demokratischen Republik wesentlich schneller als in Westdeutschland. 1958 wurden im Vergleich zu 1950 in der DDR 31 % mehr industriell produziert als in Westdeutschland. Die Fertigung der Deutschen Demokratischen Republik ist jetzt dreimal so groß wie

zu ihrer Gründung; im Jahre 1950 betrug die Bruttoproduktion rund 23,3 Milliarden DM, 1958 bereits 58,8 Milliarden DM. Man muß sich diese Zahlen einmal versuchen vorzustellen, um zu ermessen, mit welcher Aktivität und Begeisterung die Arbeiter, Meister, Ingenieure und Wissenschaftler solche Leistungen vollbracht haben.

Auf Grund dieser Erfolge konnte der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Beschlüsse fassen, die von weittragender Bedeutung für die Zukunft Deutschlands auch in ökonomischer Hinsicht sind. Die Deutsche Demokratische Republik trat zum friedlichen wirtschaftlichen Wettbewerb mit Westdeutschland an. Die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik wurden aufgerufen, an der Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe mitzuwirken, 1961 soll Westdeutschland im Pro-Kopf-Verbrauch an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern durch unsere werktätige Bevölkerung überholt werden. Damit wird die Deutsche Demokratische Republik die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der Herrschaft der imperialistischen Kräfte beweisen. Es war notwendig und auf Grund der Ergebnisse der Wirtschaftsverhandlungen mit der Sowjetunion und den Volkswirtschaften möglich, die ökonomischen Ziele für die Jahre 1959/60 zu erhöhen und mit den Aufgaben bis 1965 in Siebenjahrplänen zusammenzufassen.

2. Die sozialistische Industrialisierung

Durch die Übererfüllung des Zweijahrplanes war die Friedenswirtschaft im wesentlichen wiederhergestellt. In den folgenden Jahren kam es darauf an, eine umfassende Industrialisierung vorzunehmen, um mit dem technischen Fortschritt auf der Basis einer hochentwickelten Grundstoff- und Schwerindustrie alle anderen Industriebereiche sowie die Landwirtschaft möglichst vollkommen zu mechanisieren.

Im ersten Fünfjahrplan mußte die Kohle- und Energieversorgung sichergestellt und eine ausreichende metallurgische Basis für die Grundstoffindustrie und den Schwermaschinenbau geschaffen werden. Trotz der vorrangigen Entwicklung der Grundstoff- und Schwerindustrie in den folgenden Jahren wurde die Konsumgüterherstellung ebenfalls erweitert und als wesentliche Voraussetzung dafür vornehmlich die chemische Industrie gefördert. Umfangreiche Neubauten in allen Industriebereichen wurden und werden geschaffen, wie zum Beispiel die Eisenhüttenkombinate Ost und West, eine Anzahl Kraftwerke, das Braunkohlenkombinat „Schwarze Pumpe“, die Werften in Rostock und Stralsund und vieles andere mehr. 1958 betragen die Investitionen in Industrie und Bau über 5 Milliarden DM.

Zur Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe ist es notwendig, die Industrie auf ein höheres Niveau zu heben. Das entscheidende Mittel dazu ist die sozialistische Rekonstruktion, mit der im zehnten Lebensjahr der Republik verstärkt begonnen wurde. Das bedeutet, daß die Produktion umfassend rationalisiert wird, daß eine Konzentration und Spezialisierung der Fertigung erfolgt, die zur Steigerung der Arbeitsproduktivität führt. Dazu ist die aktive Anteilnahme aller Bürger erforderlich, welche die Rekonstruktionspläne ausarbeiten und verwirklichen helfen. Viele Werktätige haben das Neue in ihrem Leben voll erfaßt und sind dazu übergegangen, Brigaden der sozialistischen Arbeit zu bilden, in denen nicht nur sozialistisch gearbeitet, sondern auch sozialistisch gelebt wird. Die ersten Erfolge dieser Bewegung werden sich am zehnten Jahrestag der Republik in der Übererfüllung des Volkswirtschaftsplanes zeigen.

Der Ausbau der Grundstoffindustrie — die wichtigste Aufgabe

Besondere Schwierigkeiten ergaben sich für die Deutsche Demokratische Republik durch die unterschiedliche Verteilung der Bodenschätze und der Grundstoffindustrie auf die beiden Teile Deutschlands. Die Energiewirtschaft Deutschlands arbeitete im wesentlichen auf der Steinkohlenbasis, deren Lager sich außerhalb des Territoriums der Deutschen Demokratischen Republik befinden. Ähnlich war es mit den Vorkommen an Eisenerz und anderen Metallen. Auch die chemische Industrie hatte sich mehr im Rhein-Main-Gebiet, wegen der dort vorhandenen gasreichen Kohle und der günstigen Transportlage, konzentriert. In der Deutschen Demokratischen Republik hingegen sind umfangreiche Braunkohlenlager vorhanden, die aber — wie im Raum Cottbus — früher aus Konkurrenzgründen nur teilweise erschlossen waren. Als weitere wichtige Ressourcen befinden sich Stein- und Kalisalzvorkommen im südwestlichen Teil der Republik. Es war notwendig, die Wirtschaft zum großen Teil auf den Energieträger Braunkohle umzustellen. Außerdem wurde die Braunkohle mehr und mehr der Rohstoff für die chemische Industrie. Vorrangig wurde die Braunkohlenförderung gesteigert, und zwar von 101 Millionen Tonnen im Jahre 1936 auf dem Gebiete der Deutschen Demokratischen Republik auf über 214 Millionen Tonnen im Jahre 1958. Das bedeutet, daß wir in diesem Jahre in kaum sechs Monaten mehr Braunkohle fördern als im ganzen Jahre 1936 und daß wir im Weltmaßstab an erster Stelle stehen.

Damit und zugleich mit der Wiederherstellung und dem Neubau von Kraftwerken, wie Großkraftwerk Elbe-Vokerode, Trattendorf und Stalinstadt, hat auch die Elektroenergieerzeugung zugenommen, in der die Deutsche De-

mokratische Republik den 5. Platz in der Weltwirtschaft einnimmt. Seit dem Bestehen der Republik hat sich die Leistung der Kraftwerke auf fast 34 Milliarden kWh erhöht, das heißt nahezu verdoppelt. Im 1. Halbjahr 1959 stieg die Elektroenergieerzeugung gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um 1,1 Milliarden kWh. Das ermöglichte es uns, die chemische Produktion und die metallurgische Fertigung zu erweitern, da diese Industriezweige den größten Verbrauch an Elektroenergie haben.

Unsere chemische Industrie, die eine bedeutende Rolle als Lieferant notwendiger Grund- und Ausgangsstoffe in der Volkswirtschaft spielt, hat sich zur sechsgrößten der Erde entwickelt. In der Pro-Kopf-Produktion von Soda, aber auch von synthetischen Fasern ist die Deutsche Demokratische Republik führend in der ganzen Welt. Die Phosphordüngerherstellung — wichtig, um die landwirtschaftlichen Erträge zu steigern — ist in den letzten acht Jahren verfünffacht worden. Die pharmazeutische Industrie hat beträchtlich an Umfang zugenommen und sichert die Versorgung der Republik mit Arzneimitteln. Die Erzeugung von Plasten, die dem produktiven und dem individuellen Konsum gleichermaßen dienen, wird bis 1965 auch die Produktion Westdeutschlands und der Vereinigten Staaten übertreffen.

Besonders auffällig zeigte sich nach dem Ende des zweiten Weltkrieges die dem Kapitalismus anhaftende Disproportionalität in der Metallurgie. 1945 existierten in Westdeutschland 118 Hochöfen und 89 % der metallurgischen und Gießereindustrie, während auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik nur 4 Hochöfen älteren Typs gebrauchsfähig waren. Unsere Wissenschaftler und Arbeiter vollbrachten auf diesem Gebiet Spitzenleistungen. Die erste Niederschachtofenanlage der Welt wurde im neubauten Eisenhüttenkombinat West in Calbe in Betrieb genommen. Es war dadurch möglich, nicht nur die eisenarmen, sauren Erze aus eigenen Schächten zu verhütten, sondern auch gleichzeitig den Import von Steinkohlenkoks einzuschränken. In den Niederschachtofen konnte der nach dem Verfahren Rammner-Bilkenroth aus Rohbraunkohle hergestellte Hochtemperaturkoks Verwendung finden. Die Großkokerei Lauchhammer wurde zu diesem Zweck aufgebaut. So konnte die Pro-Kopf-Produktion an Roheisen von 1950 bis 1958 mehr als verfünffacht werden, die von Blockrohstahl wurde von 54,3 kg auf 175,3 kg pro Kopf erhöht. Als Sinnbild internationaler sozialistischer Kooperation ist auf dem Gebiet der Metallurgie das Eisenhüttenkombinat Ost in StalinStadt zu betrachten. Mit polnischem oder tschechoslowakischem Steinkohlenkoks wird sowjetisches Eisenerz von deutschen Arbeitern verhüttet.

Die Deutsche Demokratische Republik hat sich nunmehr mit den beiden Kombinat in Calbe und StalinStadt und der beträchtlich erweiterten Maxhütte bei Unterwellenborn eine metallurgische Basis aus eigener Kraft geschaffen. 1950 war es gerade eine drittel Million Tonnen gefertigten Roheisens — nach acht Jahren flossen bereits einunddreiviertel Millionen Tonnen aus unseren Hochöfen und wurden in volkseigenen Stahl- und Walzwerken in Hennigsdorf, in Riesa, in Gröditz, in Thale u. a. weiterverarbeitet. Dazu kommen noch die Buntmetallhütten: in Mansfeld für Kupfer, in Freiberg für Blei, Zinn und Zink sowie in Aue und St. Egidien für Nickel. In all diese Betriebe wurden Gelder und Materialien investiert — in den ersten fünf Jahren etwa ein Drittel der gesamten staatlichen Investitionen — mit dem Ziel vor Augen, die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung zu gewährleisten. Die Mittel dazu erarbeiteten in erster Linie die Werktätigen der volkseigenen Betriebe, die 1958 im Vergleich zum Geburtsjahr der Republik fast 2 Millionen Tonnen Stahl mehr produzierten.

Das Bauwesen — ein Grundpfeiler des sozialistischen Aufbaus

Sichtbar zeigen sich überall in der Republik die großen Leistungen der Bauindustrie. Die zahlreichen Industriebauten für die Grundstoffindustrie und andere Bereiche wurden von den Arbeitern der volkseigenen Baubetriebe, der Bau-Unionen, geschaffen. Die erste sozialistische Stadt — StalinStadt —, die Berliner Stalinallee, die Deutsche Staatsoper, die Neubauten in den Stadtzentren von Dresden, Leipzig, Magdeburg und Rostock legen Zeugnis ab von der intensiven Bautätigkeit in der Deutschen Demokratischen Republik. Darüber hinaus wurden viele Einrichtungen des Kultur- und Gesundheitswesens gebaut, wie Kulturhäuser, Sportstadien, Krankenhäuser und Kliniken. Das Neubauernbauprogramm nahm in den ersten Jahren nach dem Kriege einen breiten Raum ein. In den letzten Jahren wurden Maschinen-Traktoren-Stationen erweitert und Wirtschaftsgebäude, Ställe und Scheunen für die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften errichtet.

Seit 1950 konnten die Bauleistungen um das Zweieinhalbfache erhöht werden, woran die sozialistische Bauindustrie mit einer fünffachen Steigerung den größten Anteil hatte. Die großen volkseigenen Baubetriebe haben — wenn auch noch nicht in ausreichendem Maße — fortschrittliche Arbeitsmethoden, wie Großblock- und -plattenbauweise, und einen höheren Grad der Mechanisierung erreicht als die Privatindustrie. Mit Hilfe der staatlichen Beteiligung wird auch für den privaten Sektor die Arbeitsproduktivität gesteigert werden können.

Das Nationale Aufbauwerk, begründet auf der freiwilligen Masseninitiative vieler Tausender Bürger aus allen Bevölkerungskreisen, hat an dem Aufbau der Städte und Dörfer, der neuen Industriegiganten und Kulturstätten großen Anteil. Im ersten Fünfjahrplan wurden im NAW Werte von 155 Millionen DM geschaffen, im Jahre 1958 aber allein schon fast 266 Millionen DM. Das waren über 20 DM pro Kopf der wahlberechtigten Bevölkerung. Zahlreiche Angehörige der Christlich-Demokratischen Union, Arbeiter, Bauern, Handwerker, Wissenschaftler, beteiligten sich an diesem patriotischen Werk. Zu Ehren des 9. Parteitages der Christlich-Demokratischen Union wurden im Rahmen eines Wettbewerbes 2 806 801 freiwillige Aufbaustunden geleistet. Aus allen Bezirken der Republik gingen der Parteileitung täglich neue Verpflichtungen zu Ehren des zehnten Jahrestages der Republik zu. In zunehmendem Maße beteiligten sich daran auch parteilose Christen, deren Initiative durch die Christlich-Demokratische Union geweckt wurde.

Die Schwerindustrie, die materielle Basis für die fortgeschrittene Technik

Den objektiven Gesetzmäßigkeiten der Ökonomik zufolge muß die Herstellung von Produktionsmitteln, wie zum Beispiel Maschinen, Anlagen und Werkzeugen, in größerem Umfang und schneller entwickelt werden als die Fertigung von Konsumtionsmitteln, wie Nahrungsgüter, Haushaltgegenstände und Textilien. In einem bestimmten Verhältnis muß die Produktionsmittelsphäre — die Abteilung I, wie sie von Karl Marx bezeichnet wurde — schneller wachsen, um die erweiterte Reproduktion in beiden Abteilungen, auch in der Konsumtionsmittelsphäre, zu gewährleisten.

Deshalb wurden schon im ersten Fünfjahrplan die Kapazitäten unserer Schwermaschinenbaubetriebe erweitert und der allgemeine Maschinenbau vergrößert. Der Bau von Energie- und Kraftmaschinen, Werkzeugmaschinen, Drehautomaten, Walzstraßen sowie Transport- und Förderungsanlagen schuf die Grundlage für die Rekonstruktion der Volkswirtschaft. Seit 1950 hat sich beispielsweise die Produktion von Drehautomaten fast verdreifacht, die von Baggern ist von 103 auf 387 Stück gestiegen. Nach der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik wurden nur 210 Fahrzeugmotore hergestellt, 1958 waren es dagegen bereits 8390. Aber nicht nur die Anzahl der Maschinen hat sich erhöht, sondern auch ihre Leistungsfähigkeit, ihre technische Vollkommenheit. Zahlreiche Verbesserungsvorschläge und eine fruchtbare Zusammenarbeit zwischen technischer Intelligenz und Werktätigen haben wesentlich dazu beigetragen.

Im allgemeinen Maschinenbau sei nur an die enorme Steigerung der Produktion von landwirtschaftlichen Maschinen (bis zu 750 % im Vergleich zu 1950), im Fahrzeugbau an Kraftwagen und Motorräder (teilweise fast verzehnfacht) erinnert. Die schon längst widerlegte Behauptung, daß unsere volkseigenen Betriebe keine Qualitätsarbeit liefern, wird einmal mehr ad absurdum geführt durch die feinmechanische und optische Industrie, deren Erzeugnisse Weltruf genießen und sich in Quantität und Qualität von Jahr zu Jahr verbessern.

Die Leichtindustrie als Hebel für die Verbesserung der Lebenslage der Bevölkerung

Als die genannten Industriezweige in den ersten Lebensjahren der Deutschen Demokratischen Republik ausgebaut wurden und in einigen Fällen mit Verlust arbeiteten, fand dies bei einem Teil der Bevölkerung kein Verständnis, da bei ihm noch der Rentabilitätsbegriff (rentabel gleichbedeutend mit profitabel) der kapitalistischen Wirtschaft verhaftet war. Für den einzelnen sichtbare Erfolge traten erst nach und nach in Erscheinung. Die Leichtindustrie, die ihre Maschinen und Rohstoffe erst einmal aus der Grundstoff- und Schwerindustrie beziehen mußte, konnte sich nur allmählich entwickeln, ist aber nunmehr auch in der Lage, Weltniveau zu erreichen. Das trifft gleichermaßen für die Möbelindustrie zu, die 1950 kaum ein Drittel der augenblicklichen Kapazität aufwies, wie für die Textilindustrie, die ihre Produktion in Perlon zum Beispiel mehr als verzehnfachte. Ob es sich um Möbelstoffe, Teppiche, Unter- und Obertrikotagen, Oberbekleidung, Haushaltwäsche und Lederwaren handelt — in fast allen Erzeugnisgruppen wurde die Fertigung im Vergleich zu 1950 verdoppelt, teilweise mehr als verdreifacht.

Wenn im vergangenen Jahr die Rationierung der Lebensmittel aufgehoben werden konnte, so ist dies zum größten Teil den Werktätigen in der Landwirtschaft zu verdanken, allen voran den Genossenschaftsbauern, welche die Marktproduktion von Fleisch und Fett außerordentlich steigerten, aber auch den Arbeitern und Angestellten der Betriebe, die mit dem Export ihrer Erzeugnisse die Einfuhr von Nahrungs- und Genußmitteln sicherstellten. An Fleisch wurde 1958 fast sechsmal soviel erzeugt, nämlich 587 202 Tonnen, als im Jahre 1950, an Fleisch- und Wurstwaren über fünfmal mehr, an tierischen Fetten das Vierfache, an Zucker knapp ein Drittel mehr als 1950, an Fischkonserven fast das Achtfache. Solche Ergebnisse verdeutlichen den Leistungsanstieg der Lebensmittelindustrie und waren für jeden Bürger spürbar.

Die privatkapitalistische Industrie und ihre Teilnahme am Aufbau des Sozialismus

Der Anteil der privaten Industrie an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung — besonders auf dem Gebiet der Leichtindustrie — ist nicht unbedeutend und zeigt, daß der Arbeiter-und-Bauern-Staat die Volkswirtschaft mit allen und für alle aufbauwilligen Kräfte lenkt und leitet. Es ging seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik darum, getreu dem Potsdamer Abkommen unheilvolle kapitalistische Machtbestrebungen, auch in ökonomischer Hinsicht, zu verhindern. Die Kapazität der Privatbetriebe und die Produktionserfahrungen der Unternehmer mußten aber für die Volkswirtschaft genutzt werden, und den Inhabern der Privatbetriebe war eine Perspektive in den Sozialismus zu weisen.

Die Privatindustrie, die besonders Textilien, Bekleidung, Leder- und Schuhwaren sowie Nahrungs- und Genußmittel herstellte, wurde in die Massenbedarfsgüterproduktion verstärkt einbezogen. Auch bei der Erfüllung des Exportprogramms halfen viele Privatfirmen mit. Unterstützt wurde dies durch steuerliche Vergünstigungen, wie sie besonders in der 9. Durchführungsbestimmung zur Steuerreformverordnung zum Ausdruck kamen. Erstmals im Jahre 1954 konnten zu Lasten der Einnahmen des Staatshaushalts steuerbegünstigt Maschinen angeschafft und vorhandene Anlagen verbessert werden. Das Anlagevermögen der privaten Industrie-, Bau- und Verkehrsbetriebe wurde mit Hilfe dieser Sonderabschreibungen um rund 180 Millionen DM erweitert. Das Einkommen der Inhaber von privaten Industriebetrieben stieg von 1951 bis 1957 auf 186,4 %, das der Baubetriebe im gleichen Zeitraum um mehr als das Dreifache. Die Einkommen der Unternehmer, die eine größere Zahl von Arbeitern beschäftigten, wuchsen schneller an, weil sich durch die Ausbeutung der Beschäftigten ihr Profit vergrößerte. Diese Art des Einkommenerwerbs zu fördern, ist weder mit dem Sozialismus noch mit christlicher Moral vereinbar.

Auch die weitere Steigerung der Produktion war — trotz großzügiger Hilfe des Staates — im Zuge der fortschreitenden Technik den Privatunternehmern mit eigenen Mitteln nicht mehr möglich. Während in Westdeutschland die kleinen und mittleren Privatbetriebe dem Druck der Monopole immer mehr weichen und im Konkurrenzkampf unterliegen, wurde in der Deutschen Demokratischen Republik nach Möglichkeiten gesucht, der Initiative der Unternehmer neue Wege zu weisen und ihnen ihre Existenz im Sozialismus zu sichern. Dazu war es vor allem notwendig, den Inhabern der Privatbetriebe Klarheit zu verschaffen über die Unmoral der Ausbeutung und über

das Ziel des sozialistischen Aufbaus. Ein Beschluß des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands auf seiner 25. Tagung im Oktober 1955 wurde von der Christlich-Demokratischen Union aufgegriffen und am 20. Februar 1956 in die Tat umgesetzt. Acht Inhaber wichtiger privater Industriebetriebe erklärten sich auf einer Tagung im Unionshaus in Berlin bereit, einen staatlichen Anteil in ihre Betriebe aufzunehmen. Damit brachten sie ihre Verbundenheit mit dem Arbeiter-und-Bauern-Staat zum Ausdruck. Frei von monopolistischem Druck, gesichert vor krisenhaften Depressionen, mit ausreichenden Mitteln versehen, um ihre Initiative ungehindert zu entfalten, wuchsen die Privatunternehmer zusammen mit ihrem Betrieb in den Sozialismus hinein. Mit zahlreichen Vorschlägen und Anregungen hat die Christlich-Demokratische Union geholfen, die Formen der staatlichen Beteiligung und ihre Anwendung in verschiedenen Wirtschaftszweigen zu verbessern. Die praktischen Erfahrungen vieler Komplementäre, wie zum Beispiel des Volkskammerabgeordneten Riedel, haben dazu beigetragen. In der Verordnung über die Bildung halbstaatlicher Betriebe sind solche Hinweise berücksichtigt worden.

Zwischen vielen Privatunternehmen und volkseigenen Betrieben bestand schon seit Jahren eine gute Kooperation, die bei der staatlichen Beteiligung ihren Ausdruck darin findet, daß volkseigene Betriebe als Kommanditisten auftreten. Auch die Wettbewerbs- und Neuererbewegung hat in den halbstaatlichen Betrieben einen Aufschwung erfahren und die Produktionsergebnisse günstig beeinflußt. Von 1957 zu 1958 konnte die industrielle Bruttoproduktion der Privatwirtschaft weiter um rund 10 % ansteigen, wovon der Anteil der halbstaatlichen Betriebe etwa 35 % ausmacht. Allein daran ist zu erkennen, wie sich die neue Eigentumsform auf die Rentabilität des Betriebes auswirkt. Im ersten Halbjahr 1959 konnten die halbstaatlichen Betriebe ihre Bruttoproduktion auf 116 % steigern. Über die Hälfte aller privaten Unternehmer haben bisher Antrag auf staatliche Beteiligung gestellt. 2919 Betriebe arbeiten nunmehr mit staatlicher Beteiligung, darunter eine große Zahl, deren Inhaber Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union sind.

Seit Anfang 1959 gehen diese Betriebe verstärkt dazu über, sozialistische Wirtschaftsprinzipien anzuwenden. Auch dazu wurden von der Christlich-Demokratischen Union — besonders auf der Tagung des Arbeitskreises Industrie der Parteileitung im Februar 1959 — Vorschläge unterbreitet. Sie bezogen sich besonders darauf, arbeitsorganisatorisch zur verstärkten Anwendung sozialistischer Arbeitsmethoden überzugehen, die Arbeiter noch besser an der Leitung und Lenkung der Betriebe zu beteiligen

und strukturell eine engere Bindung an die sozialistische Wirtschaft zu erreichen. Damit wird die Kooperation zwischen volkseigenem und halbstaatlichem Betrieb verbessert und der Erfahrungsaustausch gefördert. Als Beispiel einer guten Zusammenarbeit im Rahmen der sozialistischen Rekonstruktion ist die Vereinbarung zwischen einer halbstaatlichen Geraer Druckerei und der Volkswacht-Druckerei anzusehen. Der halbstaatliche Betrieb wird sich nur noch mit Offsetdruck beschäftigen und vom volkseigenen Betrieb dazu die Maschinen erhalten, während die Volkswacht-Druckerei sich nur noch dem Buchdruck widmet.

Nicht im Konkurrenzkampf einander zerfleischen, sondern für den Sozialismus zusammenarbeiten — das ist die Losung für die Unternehmer der Deutschen Demokratischen Republik. Das findet auch in zunehmendem Maße in der Bewußtseinshaltung der Leiter von halbstaatlichen Betrieben seinen Ausdruck. Von der Christlich-Demokratischen Union wurden am 20. Februar 1959 auch konkrete Vorschläge zur theoretischen Weiterbildung der Unternehmer vorgetragen. Inzwischen haben in diesem Jahr die ersten Lehrgänge im Fernstudium begonnen. Den Leitern halbstaatlicher Betriebe wird damit die Möglichkeit gegeben, ihr praktisches Handeln auch theoretisch zu untermauern. Dies wird ihre bewußtseinsmäßig positive Haltung zum Staat der Arbeiter und Bauern festigen und sie zu noch größeren Leistungen für die Deutsche Demokratische Republik befähigen.

3. Die Herausbildung neuer sozialistischer Produktionsverhältnisse auf dem Lande — das Ziel der Agrarpolitik der Deutschen Demokratischen Republik

Die Landwirtschaft in Deutschland war schon vor 1945 durch eine hohe Intensität gekennzeichnet, litt aber unter der allgemeinen Erscheinung der ungleichmäßigen ökonomischen Entwicklung im Kapitalismus. Unter den gegebenen Verhältnissen mußte auch in Deutschland die Landwirtschaft hinter dem Aufstieg der Industrie zurückbleiben. Die Abhängigkeit der vielen Kleinbauern und Parzelleninhabern von Junkern und Großgrundbesitzern wurde nach 1945 im sowjetisch besetzten Teil Deutschlands durch die demokratische Bodenreform beseitigt. Allerdings konnte diese Agrarstruktur, mit den vielen kleineren Einzelwirtschaften, auf die Dauer nicht den wachsenden Anforderungen nach Nahrungsgütern und industriellen Rohstoffen genügen.

Auf der gesamten Erde wird mehr und mehr der Weg zur Großflächenbewirtschaftung beschritten. Die Agrarpolitik der kapitalistischen Länder dient ausschließlich den

Interessen der monopolistischen Wirtschaft, den Interessen des Großgrundbesitzes. Auch staatliche Maßnahmen, insbesondere auf dem Gebiet der Preis- und Zollpolitik, wie zum Beispiel der „Grüne Plan“ in Westdeutschland, kommen vorwiegend den kapitalistischen Großbetrieben zugute. Die Großflächenwirtschaft auf dem Lande entwickelt sich daher im schärfsten Konkurrenzkampf zwischen dem Großbesitz und dem Kleineigentum. So wurden in zahlreichen kapitalistischen Ländern in den letzten Jahrzehnten bereits Millionen kleiner landwirtschaftlicher Betriebe ruiniert. Die Bauern mit ihren Familien verloren ihre Existenzgrundlage.

Die Agrarpolitik der sozialistischen Staaten dagegen ist eine Politik, die den Interessen der gesamten Bevölkerung, auch der Bauern, dient. Sie ist darauf ausgerichtet, die landwirtschaftlichen Erträge mit Hilfe der modernen Technik ständig zu steigern und die fortgeschrittenen wissenschaftlichen Erkenntnisse anzuwenden. Für den Bauern soll die Arbeit erleichtert werden; gleichzeitig ist die Ernährungslage zu verbessern und die Rohstoffbasis zu erweitern. Die Rückständigkeit des Dorfes muß überwunden werden, und den Bauern ist eine lohnende Perspektive zu zeigen. Das ist nur möglich durch den Übergang zur Großflächenwirtschaft. Dieser vollzieht sich nicht im Konkurrenzkampf durch Ruinierung der landwirtschaftlichen Betriebe, sondern erfolgt auf freiwilliger Grundlage durch den Zusammenschluß der Bauern in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften.

Die ökonomische Basis der Landwirtschaft und das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern

Nachdem die Bodenreform in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands konsequent durchgeführt war, bildete sich auf dem Lande eine neue ökonomische Basis. Sie bestand aus den bisherigen Altbauern, der großen Zahl der Neubauern, den volkseigenen Gütern und den Maschinen-Ausleih-Stationen (später Maschinen-Traktoren-Stationen), welche die Stützpunkte der Arbeiterklasse auf dem Lande waren.

Neben ehemaligen Landarbeitern erhielten auch Umsiedler, denen von der Regierung große Unterstützung gewährt wurde, Land aus der Bodenreform. Das Umsiedlergesetz vom 18. September 1950, Ausdruck der Bündnispolitik in der jungen Republik, schuf die Voraussetzung für den Bau von Wohn- und Wirtschaftsgebäuden auf dem Lande. Langfristige Kredite bis 5000 DM konnten den Neubauern-Umsiedlern gegeben werden. 3 Millionen DM wurden zum Wiederaufbau zerstörter Wirtschaften zur Verfügung gestellt, und 170 000 Neubauern-Wohn- und

Wirtschaftsgebäude wurden errichtet. Bis zum 1. Juni 1951 wurden 10 000 Milchkühe zur Verfügung gestellt und den Neubauern für zwei Jahre Ablieferungserleichterungen bis zu 50 % gewährt. Neubauern-Umsiedler, die nicht ausreichend über Maschinen und Zugkräfte verfügten, erhielten bei der Bodenbearbeitung und der Ernte besondere Unterstützung durch die Maschinen-Traktoren-Stationen.

Ein Teil des enteigneten Großgrundbesitzes und ehemaliger staatlicher Domänen wurde in Volkseigentum überführt. Die daraus entstandenen Volkseigenen Güter wurden zu Muster- und Saatzuchtgütern entwickelt.

Die Macht der Großgrundbesitzer und Junker war durch die Enteignung gebrochen. 544 079 landarme und landlose Bauern, Landarbeiter und Umsiedler erhielten eigenen Boden und damit die Möglichkeit, sich eine Existenz zu schaffen. Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen war auf dem Lande zu einem großen Teil beseitigt. Durch die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Produktion in die Planung ist jedem Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik die Abnahme der Produkte zu einheitlichen, vom Staat festgesetzten Preisen garantiert. Durch den „freien Aufkauf“ seit 1948 und den „Bauernmarkt“ war auch der materielle Anreiz gegeben, die landwirtschaftlichen Erträge zu steigern und restlos abzuliefern. Die Volkseigenen Erfassungs- und Aufkauf-Betriebe, Ausdruck des Handelsbündnisses zwischen Arbeitern und Bauern, unterhalten ein dichtes Netz von Annahmestellen. Den Bauern ist es dadurch möglich, ihre Produkte der Gesellschaft unmittelbar zur Verfügung zu stellen.

Die Bauern in der Deutschen Demokratischen Republik sind nicht den Absatzkrisen ausgesetzt wie in Westdeutschland. Dort müssen die Bauern um den Verkauf ihrer Erzeugnisse zu günstigsten Preisen ringen. Diese Absatzkrisen, die steigenden Betriebs- und Lebenshaltungskosten sowie die zunehmende Verschuldung und Abhängigkeit vom Landhandel und den Kreditinstituten hat nach dem Eingeständnis des damaligen Ministers Lübke vom 21. Februar 1957 dazu geführt, daß in der Zeit von 1950 bis 1955 etwa 104 000 bäuerliche Betriebe vernichtet wurden. Bis 1958 ist die Zahl der eingegangenen Betriebe unter 10 ha bereits auf 191 300 gestiegen.

Hochmechanisierte landwirtschaftliche Betriebe sind immer von der Industrie abhängig, die Traktoren, Kombines sowie andere landwirtschaftliche Maschinen und Geräte, Treibstoffe, Kunstdünger und Schädlingsbekämpfungsmittel produziert. Deshalb ist der ständige Aufschwung einer sozialistischen Landwirtschaft nur dann gewährleistet, wenn eine leistungsfähige Industrie vorhanden ist. Das Bündnis der Arbeiter mit den Bauern findet auch

darin seine Verwirklichung, daß in ständig erweitertem Umfange Industriearbeiter mit Bauern gemeinsam an der weiteren technischen Entwicklung der landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte arbeiten und selbst in der Landwirtschaft wirken. Zugleich hängt aber die Entwicklung der Industrie und der übrigen Zweige der Volkswirtschaft von der ununterbrochenen und raschen Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion ab. Die Herstellung von Industriewaren läßt sich nur dann erweitern, wenn immer mehr landwirtschaftliche Rohstoffe für die Leicht- und Nahrungsmittelindustrie zur Verfügung stehen. Das sozialistische System der Landwirtschaft, die moderne Großflächenwirtschaft, bietet die Gewähr, daß die Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft ständig steigt und ihr Anteil an der Warenproduktion zunimmt.

1950 gaben 514 Maschinenausleihstationen den Einzelbauern, insbesondere den Neubauern, Unterstützung und Hilfe, um die noch fehlenden Maschinen und Zugkräfte bei der Bodenbearbeitung und der Ernte zu ersetzen. Unter anderem standen im Jahre 1950 den Maschinenausleihstationen 10 834 Traktoren und 675 Lastwagen, von denen ein Teil in brüderlicher Hilfe von der Sowjetunion geliefert war, zur Verfügung. Durch die Hilfe der Maschinenausleihstationen gelang es den werktätigen Bauern, bereits 1951 ihre Erträge über den Plan hinaus zu steigern. Auch in der Viehwirtschaft wurde der Friedensstand überschritten. Der Viehbestand des Jahres 1951 überstieg je Hektar, in Großvieheinheiten gerechnet, den des Jahres 1936 um 9 %.

Die Liquidierung der Kleinbauern — der westdeutsche Weg zur Großflächenwirtschaft

Der „Grüne Bericht 1959“ zeigt den Weg, den die Landwirtschaft Westdeutschlands beschreitet, um zur Großflächenwirtschaft überzugehen. Aus den offiziellen Angaben dieses Berichtes ergibt sich, daß in der Größenklasse bis 10 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche 191 300 Betriebe mit 607 900 ha verschwunden sind, die Zahl der Großbauernbetriebe bis 100 ha aber erheblich größer geworden ist. So stieg die Anzahl der Wirtschaften von 20–50 ha von 1951 bis 1958 um 5300 mit 155 400 ha und der Betriebe von 50–100 ha um 700 mit 43 500 ha. Allerdings geht der Strukturwandel nach den Ansichten der Bonner Agrarpolitiker noch zu langsam vor sich.

Die Familienbetriebe versuchen mit Hilfe von Krediten, die zur Mechanisierung verwendet werden, der Konkurrenz zu widerstehen. Die Verschuldung der westdeutschen Landwirtschaft ist unter der Adenauer-Regierung von 3,7 Milliarden Mark auf 9,2 Milliarden im Jahre 1957 ge-

stiegen. Auch die sogenannten Arbeiterbauern, die für ihre Bodengebundenheit ihre körperliche Schaffenskraft völlig verausgaben, wirken der Flächenkonzentration entgegen.

Der Übergang zur kapitalistischen Großproduktion wird – wenn überhaupt möglich – ein sehr qualvoller für den westdeutschen Bauern sein. Zwischen 1953 und 1959 starben jährlich 22 000, von 1957 zu 1958 bereits 30 900 Bauernwirtschaften. Die westlichen Agrarpolitiker machen kein Geheimnis daraus, daß in Westdeutschland noch eine Million werktätiger Bauern „zu zviel“ sind und eine „Umsetzung in eine andere Erwerbstätigkeit“, wie vom „Handelsblatt“ in Düsseldorf vorsichtig umschrieben, erfolgen muß. Die „andere Erwerbstätigkeit“ ist aber angesichts der wachsenden Kohlenkrise und der sich daraus ergebenden Folgen ebensowenig eine Perspektive wie der „Grüne Plan“.

Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft in der Deutschen Demokratischen Republik

Auch in der Deutschen Demokratischen Republik ist der Übergang zur landwirtschaftlichen Großproduktion notwendig. Wenn auch die werktätigen Einzelbauern in den Jahren seit der Gründung der Republik wesentlich dazu beitragen, die Ernährungsgrundlage unseres Volkes zu sichern, so können sie doch den fortschreitenden Anforderungen nicht mehr genügen. Die landwirtschaftlichen Erträge können nur noch gesteigert werden, wenn moderne Technik und wissenschaftliche Erkenntnisse überall Anwendung finden. Das ist aber unter den Produktionsverhältnissen, wie sie in den ersten Jahren der Republik auf dem Lande bestanden, nicht möglich. Die objektive Notwendigkeit, die zurückgebliebenen Produktionsverhältnisse (individuell wirtschaftende Kleinbetriebe) dem Stand der Produktivkräfte (vor allem der Maschinen-Traktoren-Stationen mit ihrem modernen Maschinenpark) anzupassen, war in den Jahren 1951 und 1952 bereits gegeben.

Allerdings hat eine solche Veränderung nicht die Vernichtung der Existenz der Bauern zur Folge, wie in Westdeutschland. In der Deutschen Demokratischen Republik bleiben die Bauern, auch wenn sie ihre einzelbäuerliche Wirtschaftsweise aufgegeben haben, in ihrem Beruf. Sie bleiben Eigentümer von Grund und Boden, Haus und Hof und haben das Recht, über alle Fragen des gemeinsamen Eigentums und des genossenschaftlichen Wirtschaftens gleichberechtigt mit den anderen Mitgliedern der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu entscheiden.

Die Genossenschaftsbauern nutzen alle Vorteile einer intensiven landwirtschaftlichen Großproduktion. Die moderne Technik und die neuesten Erkenntnisse der Agrar-

wissenschaft stehen ihnen zur Verfügung. Sie kennen keine Abhängigkeitsverhältnisse von Großgrundbesitz, Landhandel usw. Im Sozialismus haben somit alle Bauern eine gesicherte Existenz und eine Perspektive, die eine ständige Steigerung des Wohlstandes ermöglicht.

Bereits in den ersten Nachkriegsjahren hatten sich zahlreiche Formen der Gemeinschaftsarbeit entwickelt: Druschgemeinschaften, Viehzuchtgemeinschaften usw. Die gegenseitige Bauernhilfe wirkte bedeutend stärker als unter kapitalistischen Verhältnissen. Jedoch konnte mit diesen Arbeitsgemeinschaften nicht der Widerspruch zwischen der modernen Technik und der einzelbäuerlichen Betriebsform gelöst werden. Das ist nur durch die sozialistische Großproduktion, durch den freiwilligen Zusammenschluß der Bauern in der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft möglich.

Bereits 1951 gingen in einigen Dörfern Bauern zur gemeinsamen Bodenbearbeitung über und bildeten 1952 die ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Die Erkenntnis, die Technik mit Hilfe der Maschinen-Traktoren-Stationen zu meistern, gewann immer größeren Raum. Bis zum Jahre 1953 bildeten sich bereits 5389 landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften. Diese Zahl hat sich in diesem Jahr bisher auf über 9500 mit 398 000 Mitgliedern erhöht, die über 2,6 Millionen Hektar bearbeiten.

Die Entwicklung seit 1957 zeigt, daß einige bisher noch schwach entwickelte landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften den raschen Aufbau des Sozialismus auf dem Lande nicht aufhalten können, zeigt, daß die Bewußtseinsbildung auch auf dem Lande rasche Fortschritte macht. Die Konzeption Viewegs und Oelßners, nach der es zur Auflösung von Genossenschaften kommen sollte, ist durch praktische Beispiele gründlich widerlegt worden.

Unmittelbar nach der Gründung der ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft in der Deutschen Demokratischen Republik erklärte die Christlich-Demokratische Union: „Der freiwillige Zusammenschluß in landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ist ein bedeutender Schritt vorwärts auf dem Wege des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Aufstiegs, der die jahrhundertalte Rückständigkeit des Dorfes beseitigt und unseren werktätigen Bäuerinnen und Bauern sowie unseren Landarbeitern die Möglichkeit für neue größere Erfolge, für ein Leben in Glück und Wohlstand erschließt. Die Christlich-Demokratische Union wird daher die Bildung und die Tätigkeit der landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften tatkräftig unterstützen. Sie

ruft alle ihre werktätigen Bauern und Landarbeiter auf, am Aufbau des Sozialismus in der Landwirtschaft vorbildlich mitzuwirken.“ Auch in den vom 6. Parteitag im Jahre 1952 verabschiedeten Agrarpolitischen Leitsätzen der Christlich-Demokratischen Union wird die Bedeutung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften unterstrichen.

Zahlreiche Unionsfreunde aus der Landwirtschaft haben wesentlich dazu beigetragen, die neuen sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande zu schaffen. Zwischen dem 6. und dem 8. Parteitag der CDU konnten von der Parteileitung mit Unterstützung zahlreicher Genossenschafts- und Einzelbauern, Agrarwissenschaftler, Tierärzte und landwirtschaftlicher Fachleute unserer Partei 141 Verbesserungsvorschläge der Regierung übergeben werden, die größtenteils verwirklicht wurden. Im Rahmen des Wettbewerbs zu Ehren des 9. Parteitages 1958 sind 2953 Unionsfreunde Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften beigetreten. Von ihnen sind 151 als Vorsitzende ihrer LPG tätig. Zu diesen Erfolgen hat nicht zuletzt beigetragen, daß sich viele unserer Partei angehörende Genossenschaftsbauern in starkem Maße in ihrer Ortsgruppe, aber auch im Rahmen der Nationalen Front und der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe dafür eingesetzt haben, die Einzelbauern für die genossenschaftliche Großproduktion zu gewinnen. Zu Ehren des zehnten Jahrestages der Republik wenden sich immer mehr Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union dem Neuen auf dem Lande zu. Sie tragen dazu bei, das gesamte Leben auf dem Dorfe zu verändern, wie es die vielen tausend Angehörigen der Christlich-Demokratischen Union taten, als sie zwischen dem 8. und dem 9. Parteitag 2 413 547 freiwillige Arbeitsstunden in der Landwirtschaft leisteten.

Eine entscheidende Hilfe bei der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft sowie der Stärkung und Festigung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften leisten die durch staatliche Mittel aufgebauten Maschinen-Traktoren-Stationen. Ihre Ausrüstung mit den modernsten Großmaschinen ist der entscheidende Hebel zur planmäßigen (proportionalen) Entwicklung der Landwirtschaft. Für diese Zwecke werden jährlich finanzielle Mittel — 1957 waren es 4,75 Milliarden DM — vom Staatshaushalt zur Verfügung gestellt. 1950 pflügten die Maschinen-Traktoren-Stationen 2,2 Millionen ha, 1958 bereits 22,1 Millionen ha.

Die pflanzliche und tierische Produktion konnte mit Hilfe aller Maßnahmen, die der Landwirtschaft zugute kamen, seit Gründung der Republik außerordentlich gesteigert werden. Bei Getreide erzielte die Landwirtschaft im

Jahre 1958 mit 25,2 dz den bisher höchsten Ertrag. Das tierische Aufkommen stieg von 1951 bis 1958 bei Rindern und Kälbern um 68 %, bei Schweinen um 219 %, und bei Milch um 144 %. Allerdings zeigt sich immer deutlicher die Überlegenheit der genossenschaftlichen Großproduktion. Der Zuwachs der Bruttoproduktion der bäuerlichen Einzelbetriebe lag 1958 mit 2,2 % weit unter dem der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften mit 31,8 %. Auch die Milchleistung je Kuh war im Durchschnitt um 71 kg höher als bei den einzelbäuerlichen Wirtschaften.

Die Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe erfordert auch von unseren Bauern große Anstrengungen. Im Siebenjahrplan zur Entwicklung der Landwirtschaft ist das Ziel gesteckt, bis 1965 die Bevölkerung in der Republik bei steigendem Verbrauch aus eigenem Aufkommen mit Fleisch, Milch, Butter, tierischen Fetten und Eiern zu versorgen. Die Erreichung dieses Zieles wird im wesentlichen davon abhängen, wie es gelingt, die sozialistischen Produktionsverhältnisse auf dem Lande zu festigen und zu erweitern und in welchem Maße dazu neben der gesamten Bevölkerung auch die werktätigen Einzelbauern beitragen.

4. Handwerk, Handel und Verkehr im Dienste des sozialistischen Aufbaus

Das Handwerk in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus

Arbeiter und Handwerker wurden früher gleichermaßen von den Auswirkungen kapitalistischer Wirtschaftskrisen betroffen. Auch die kleinen Handwerker unterlagen als einfache Warenproduzenten der Ausbeutung und Unterdrückung durch den Monopolkapitalismus und waren in ihrer Existenz bedroht. Erst der Staat der Arbeiter und Bauern ermöglichte ihnen, den natürlichen Verbündeten der Arbeiterklasse, eine ungehinderte, sorgenfreie Entwicklung.

Seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik genießen die Handwerker das Vertrauen und den Schutz des Staates. In der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Otto Grotewohl vom 12. Oktober 1949 hieß es: „Die Regierung wird der Entwicklung des Handwerks . . . ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Auch . . . im Handwerk sieht die Regierung einen wichtigen Faktor unserer Gesamtwirtschaft, dessen Existenzgrundlagen zu sichern sind.“

Den Worten des Ministerpräsidenten folgten auch bald die Taten. Am 9. August 1950 wurde von der Provisorischen Volkskammer das Gesetz zur Förderung des Handwerks beschlossen, dem eine Anzahl weiterer gesetzlicher

Bestimmungen folgten, wie Einführung der Regelleistungspreise und der Normativsteuer. Mit diesen Maßnahmen konnte das Handwerk einen außerordentlichen Aufschwung nehmen. Seine Leistungen stiegen in den ersten fünf Jahren des Bestehens der DDR auf 172 %. An der Ausnutzung örtlicher Reserven und der Produktion von Massenbedarfsartikeln hatte das Handwerk hervorragenden Anteil. Mit großer Einsatzbereitschaft wurden die in den Volkswirtschaftsplänen gestellten Aufgaben erfüllt, zumal höhere Leistungen des Handwerksmeisters nach dem Steuergesetz keine größeren Abgaben nach sich zogen. Auch die Tätigkeit der mithelfenden Familienmitglieder im Betrieb brachte keine steuerlichen Nachteile. Die Sozialversicherung und Altersversorgung der Handwerker war von Anfang an in ähnlich großzügiger Weise wie bei den Arbeitern geregelt.

Alle diese Förderungsmaßnahmen brachten den Handwerkern in Verbindung mit der Steigerung ihrer eigenen Leistungen erhebliche persönliche Vorteile. Der Vermögenszuwachs zwischen 1950 bis 1955 betrug bei den Alleinmeistern 137,8 %. Bei den Meistern mit mehr als 3 Beschäftigten stieg das steuerlich zu erfassende Vermögen sogar auf knapp 164 %. In den größeren Handwerksbetrieben wurde auch ein stärkerer Zugang von Beschäftigten festgestellt. Bei Inhabern solcher größeren Betriebe, zeigte sich die Tendenz, ihr Einkommen auf der Basis der Lohnarbeit zu erhöhen und zu kapitalistischen Ausbeutern zu werden. Andererseits waren einige Gruppen von Dorfhandwerkern und reine Reparaturbetriebe hinter der allgemeinen Entwicklung zurückgeblieben.

Von der Christlich-Demokratischen Union, in deren Reihen sich Tausende von Handwerkern befinden, wurden zur weiteren Entwicklung des Handwerks den zuständigen Fachministerien eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet. Es sollte danach eine Bereinigung des Handwerks und eine Neuregelung der Handwerksbesteuerung vorgenommen werden. Auch zur Preisgestaltung im Handwerk wurden Anregungen gegeben, wie auch zur praktischen Durchführung der zu treffenden Maßnahmen. Bei all diesen Vorschlägen wurden die Wünsche der Handwerksmeister und ihre Hinweise berücksichtigt. Die Handwerksmeister hatten erkannt, daß ihren günstigen Einkommensverhältnissen auch entsprechende Leistungen gegenüberstehen müssen. Die Arbeitsproduktivität, aber auch das Interesse an Arbeiten der Werterhaltung soll durch die Neuregelungen gesteigert werden.

Trotzdem ist eine wesentliche Erhöhung der handwerklichen Produktion im Rahmen der Kleinbetriebe nicht mehr möglich. Fortschrittliche Handwerksmeister und Ge-

sellen erkannten schon vor Jahren, daß sie größere Leistungen vollbringen können und besser an der sozialistischen Entwicklung teilhaben, wenn sie sich zu Produktionsgenossenschaften zusammenschließen. Nur in größeren Betrieben können Maschinen nach dem neuesten Stand der Technik ausgelastet werden. Das Interesse der Beschäftigten am Einsatz ihrer ganzen schöpferischen Kraft für die qualitative und quantitative Ausweitung der Produktion kann nur in einer sozialistischen Genossenschaft geweckt werden. Sind doch alle Mitglieder der Genossenschaft unmittelbar am Gewinn beteiligt, indem ihnen neben ihren laufenden leistungsmäßigen Anteilen eine Nettogewinnausschüttung zufließt. Die soziale und kulturelle Betreuung ist außerdem viel leichter möglich als im Einzelhandwerksbetrieb.

In nicht wenigen kapitalistischen Staaten gibt es schon längst keine echten Handwerksbetriebe mehr, weil sie sich im Konkurrenzkampf mit den kapitalistischen Großbetrieben nicht halten konnten. Das Preisdiktat der Monopole zwingt die Handwerker, immer höhere Rohstoffpreise zu zahlen, und mindert damit ihr Einkommen. Die hohen Zinssätze für Kredite — im allgemeinen 10 % — sind für den westdeutschen Handwerker meist unerschwinglich. In den Westzonen wurden unter dem Adenauer-Regime über 150 000 Handwerksbetriebe ruiniert. Aus Württemberg wurde zum Beispiel berichtet, daß in drei Großbetrieben mit zusammen 7000 Beschäftigten 600 ehemalige Handwerksmeister arbeiten, darunter 112 Tischler, 94 Bäcker, 43 Fleischer und 30 Friseure. Nur in einem Staat der Arbeiter und Bauern, dessen Politik auf dem Bündnis besonders mit den einfachen Warenproduzenten beruht, wird dem Handwerker eine gesicherte Perspektive geboten.

Im August 1955 beschloß die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik die Verordnung über die Produktionsgenossenschaften des Handwerks und gab den Handwerkern damit die Möglichkeit, durch freiwilligen Zusammenschluß die Arbeitsproduktivität erheblich zu steigern. Besonders im Bauhandwerk mußte mit der umständlichen Handwerkelei der vielen kleinen Betriebe aufgehört werden, um vor allem den Wohnungsbau voranzutreiben. Die Berliner Produktionsgenossenschaften des Bauhandwerks vollbrachten zum Beispiel 1957 eine um 63 % höhere Stundenleistung als die Einzelhandwerker. Im Tischlerhandwerk betrug die Pro-Kopf-Leistung der Genossenschaftsmitglieder in einem halben Jahr 1650 DM, beim Einzelhandwerker konnten nur 1030 DM geschafft werden.

Bei der Gründung von Produktionsgenossenschaften des Handwerks gingen viele Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union beispielgebend voran, setzten sich gegen

rückständige Ansichten oft unter persönlichen Anfeindungen durch und wurden in zahlreichen Fällen durch das Vertrauen der Genossenschaftsmitglieder zu Vorsitzenden gewählt. In einigen Kreisen gingen leitende Mitarbeiter der Einkaufs- und Liefergenossenschaften beispielgebend voran und trugen zur Umwandlung solcher Genossenschaften in Produktionsgenossenschaften des Handwerks bei.

Seit 1955 stieg die Zahl der Produktionsgenossenschaften des Handwerks von 85 Genossenschaften auf 2107 im Jahre 1958 mit 61 567 Mitgliedern. Nach dem Halbjahresbericht über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1959 gab es am Ende des 1. Halbjahres 2898 Produktionsgenossenschaften des Handwerks. Genauso wie das Neue auf dem Lande vom Staat gefördert wird, so wird auch die Veränderung der Produktionsverhältnisse im Handwerk, die sozialistische Umwandlung der rückständigen kleinen Warenwirtschaft auf der Basis genossenschaftlichen Zusammenschlusses unterstützt. Den Genossenschaften und ihren Mitgliedern wurden steuerliche Erleichterungen gewährt und Kredite zum Ausbau ihrer Produktionsstätten ausgereicht. Durch die Umsatzsteuerbefreiung eingesparte Beträge müssen dem Akkumulationsfonds zugeführt werden und erhöhen so das Betriebsvermögen der Genossenschaft. Damit steigen die Leistungen der sozialistischen Handwerksbetriebe im Interesse der Gesellschaft, aber auch zum Vorteil der Genossenschaftsmitglieder.

Insgesamt hat das Handwerk mit einer Bruttoproduktion von 6,7 Milliarden DM im Jahre 1958 im Vergleich zu 3,5 Milliarden DM im Jahre 1950 (ohne Berücksichtigung des Bauhandwerkes) seinen Teil zur Erfüllung der Volkswirtschaftspläne beigetragen und damit geholfen, die Lebenslage der Bürger der Deutschen Demokratischen Republik zu verbessern. Der weitere Zusammenschluß zu Genossenschaften wird es allen Handwerkern noch besser ermöglichen, zur Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe beizutragen. Das sollte der Dank sein für die Hilfe, die der Arbeiter-und-Bauern-Staat dem Handwerker bisher gewährt hat.

Der Handel — das Bindeglied zwischen Fertigung und Verbrauch

Der Austausch aller in der Produktion geschaffenen materiellen Güter vollzieht sich in der heutigen Gesellschaft vorwiegend über den Handel. Von ihm wird die Verbindung zwischen Produktion und Konsumtion hergestellt. Der Handel ist deshalb ein wichtiges Glied der Volkswirtschaft.

Der kapitalistische Handel hat allerdings nicht die Hauptaufgabe, die bessere Versorgung der Bevölkerung zu ge-

währleisten, wie dies unter sozialistischen Produktionsverhältnissen notwendig ist, sondern er trägt dazu bei, den durch die Arbeiter geschaffenen Profit zu realisieren. Unter den Bedingungen der Übergangsperiode lassen sich mit Hilfe des kapitalistischen Handels Spekulationen vornehmen und Störungen hervorrufen, die den planmäßigen Wirtschaftsaufbau beeinträchtigen. Dies trifft vor allem auf den Großhandel zu.

Deshalb war es notwendig, den Binnenhandel der Struktur der Produktion anzupassen. Die Bevökerung mußte frei von Spekulation und Schiebertum versorgt werden. Eine solche Aufgabe konnte nur ein sozialistischer Handel erfüllen, der nicht den Gesetzen der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen ist. Das Bündnis zwischen Arbeiter und Bauern sollte auch durch die Handelsbeziehungen zwischen Stadt und Land, zwischen Industrie und Landwirtschaft, gefestigt werden.

Der Großhandel hatte in den ersten Jahren des Bestehens der Republik vor allem die Aufgabe, die Zirkulation von Produktionsmitteln zu gewährleisten. Diese Funktion wurde vornehmlich von den Deutschen Handelszentralen ausgeübt. Seit Gründung der Volkseigenen Großhandelskontore wurde von diesen auch die Lagerung, das Sortimentieren und Umpacken von Konsumgütern vorgenommen.

Seit 1959 werden in den Bezirken in zunehmendem Maße die bisherigen Funktionen des privaten, staatlichen und genossenschaftlichen Großhandels von neugebildeten Großhandelsgesellschaften ausgeübt. Diese werden unter anderem eine rationelle Ausnutzung des Transport- und Lager-raumes sowie der Arbeitskräfte, also ein besseres Handeln ermöglichen. Die privaten Großhändler können eine ihren Fähigkeiten und ihrem Bewußtseinsstand angemessene Tätigkeit in dieser neuen Gesellschaft ausüben.

Daneben bestehen noch eine Reihe anderer Organisationen, die Großhandelsfunktionen verrichten. Die Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe sind die wichtigsten Organe im Beschaffungshandel und stellen zusammen mit den Bäuerlichen Handelsgenossenschaften (BHG) die Beziehungen zwischen Industrie und Landwirtschaft her.

Privater und sozialistischer Einzelhandel wirken Hand in Hand für die Bevölkerung

Seit 1950 wurde planmäßig auch eine volkseigene Einzelhandelsorganisation ausgebaut, die ihren Umsatz seit Gründung verdreifachen konnte. Dem Spekulantentum war damit ein für allemal der Boden entzogen. Aus „freien Läden“, die im wesentlichen nur Mangelware verteilten,

wurden Verkaufsstellen mit zahlreichen Spezialrichtungen und Warenhäuser mit hoher Verkaufskultur. Die Handelsorganisation hat neben den Konsumgenossenschaften, die 1958 für 11,7 Milliarden DM Waren verkauften (1955 nicht ganz 3 Milliarden), den größten Anteil am Binnenhandel. Welche Bedeutung die Regierung dem Handel beimißt, hat die in Leipzig durchgeführte Handelskonferenz gezeigt. Der stellvertretende Ministerpräsident Walter Ulbricht gab den Handelsfunktionären in seinen Ausführungen vor der Konferenz wichtige Hinweise für die Entwicklung des Handels.

Der private Einzelhandel konnte unabhängig von der Erweiterung des sozialistischen Handelsnetzes ebenfalls seine Umsätze steigern, und zwar zwischen 1950 und 1958 von 9,1 Milliarden auf 10,3 Milliarden DM. Bei Industriewaren betrug die Erhöhung fast 19 %. Die von Jahr zu Jahr größere Warenbereitstellung, die erhöhte Kaufkraft der Bevölkerung und das einheitliche Preisgefüge wirkten sich positiv auch im privaten Handel aus.

Die überwiegende Masse der Umsätze im privatwirtschaftlichen Bereich wurde von den kleinen Betrieben der einfachen Warenwirtschaft getätigt, deren Existenz in der Deutschen Demokratischen Republik ohne Bedrohung durch Warenhäuser und Fialkonzerne gesichert ist. In Westdeutschland büßen die kleinen Einzelhändler nach und nach ihre Daseinsberechtigung ein. Sie geraten unter die Botmäßigkeit von Großhändlern in Form der sogenannten Handelsketten oder unterliegen der Konkurrenz. Nach der Düsseldorfer Zeitung „Fortschritt“ vom 29. August 1957 lasteten bereits damals über 6 Milliarden Mark Schulden auf den Warenlagern des Einzelhandels.

Im Gegensatz dazu ist dem privaten Einzelhändler in der Deutschen Demokratischen Republik durchaus seine Existenz gewährleistet. Es wurden Möglichkeiten gefunden, mit denen die Einzelhändler ihre Kenntnisse und Erfahrungen noch besser verwerten können. Ohne weitere finanzielle Belastung können sie zur bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung beitragen, indem sie Kommissionsverträge abschließen. Auf Vorschlag der 3. Parteikonferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands wurden 1956 erstmals solche Verträge zwischen privaten Einzelhändlern und staatlichem Großhandel eingegangen. Später wurden auch das Gaststättengewerbe und als Großhandelspartner die Konsumgenossenschaften einbezogen. Bei Aufrechterhaltung der Selbständigkeit der Einzelhändler wurden sozialistische Wirtschaftsprinzipien durchgesetzt. Der Staat gewährte auch in diesem Fall den Angehörigen des Mittelstandes Erleichterungen durch steuerliche Vergünstigungen. Das Einkommen stieg durch größere Umsätze. Die Buchführungsarbeiten verringerten sich.

Rasch nahm das Interesse an dieser neuen Form zu; bis Ende 1958 waren 9 141 Verträge unterzeichnet, in den letzten Monaten weitere 2 800. Die Kommissionshändler steigerten ihre Verkäufe vom I. zum IV. Quartal 1958 von 107,6 Millionen DM auf 355,5 Millionen DM (einschließlich Gastwirtschaften). Seit 1959 werden die Kommissionsverträge mit dem sozialistischen Einzelhandel abgeschlossen, vor allem um das Handelsnetz auch mit Hilfe der privaten Einzelhändler besser auszubauen und zu spezialisieren.

Die im Arbeitskreis Handel der Parteileitung der Christlich-Demokratischen Union mitwirkenden Einzelhändler haben sich ständig bemüht, mit konkreten Vorschlägen in Fragen des Einzelhandels wirtschaftsfördernd zu wirken. Solche Hinweise fanden ihren Niederschlag in den steuerlichen Bestimmungen, wie zum Beispiel die Anerkennung individueller Werbungskosten, die Umsatzsteuerbefreiung für eine Reihe von Lebensmitteln mit geringer Handelsspanne u. a. Auch die Mitarbeit von Einzelhändlern in den Fachberatungsorganen der Großhandelskontore wurde vorwiegend.

Beim Abschluß von Kommissionsverträgen gingen Mitglieder der Christlich-Demokratischen Union beispielgebend voran. Einer der ersten Verträge wurde mit dem Volkskammerabgeordneten Gorzynski abgeschlossen, der inzwischen durch Aufnahme eines staatlichen Anteils wieder einen neuen Weg der Einbeziehung des Mittelstandes in den Sozialismus beschritten hat. In einer Tagung des Arbeitskreises Handel wurde die Leipziger Handelskonferenz ausgewertet, um die Mitglieder sofort auf die neue, verbesserte Arbeit im Handel zu orientieren. Die festgelegten Planaufgaben werden mit den getroffenen Maßnahmen besser erfüllt werden können.

Der Außenhandel — friedlicher Mittler zwischen den Völkern

Als Besonderheit für die deutsche Wirtschaft — nicht zuletzt auf Grund der geographischen Lage — gilt ein umfangreicher Außenhandel. Das trifft für die Deutsche Demokratische Republik in noch stärkerem Maße zu. Mit dem Außenhandel wird die Rohstoffbasis unserer Industrie erweitert und gesichert, zugleich aber die Lebenslage der Bevölkerung in zunehmendem Maße verbessert. Der sozialistische Außenhandel wird nicht mit kolonialen Ausbeutungsmethoden, wie zumeist von den kapitalistischen Ländern, betrieben, sondern entwickelt sich mit dem Handelspartner zu gegenseitigem Vorteil und mit beiderseitigem Nutzen, überwiegend mit den Ländern des Sozialismus.

Der Warenaustausch des sozialistischen Lagers beruht mehr und mehr auf den Vereinbarungen, die im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe zwischen der UdSSR und den europäischen Volksdemokratien einschließlich der Deutschen Demokratischen Republik im Rahmen der internationalen sozialistischen Kooperation getroffen werden. Diese wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Nationen mit unterschiedlicher Bevölkerungsstruktur und differenzierter ökonomischer Entwicklung zeigt anschaulich, daß es möglich ist, im Frieden nicht gegeneinander, sondern miteinander wirtschaftlich zu erstarken. Aber auch der Wettbewerb mit den kapitalistischen Staaten auf dem Gebiet der Wirtschaft und um ein kulturreiches Leben des Volkes kann auf friedlichem Wege ausgetragen werden. Die Überlegenheit des Sozialismus wird sich hier in absehbarer Zeit beweisen.

Das Ziel unserer Außenhandelspolitik ist es, den Frieden zu erhalten und zu festigen. Die Handelsbeziehungen auch gegenüber wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern werden nicht dazu ausgenutzt, sich in die inneren Angelegenheiten der Handelspartner einzumischen, wie es die Vereinigten Staaten überall in der Welt praktizieren.

Mit dem Erstarken unserer Wirtschaft weiteten sich unsere Handelsbeziehungen aus und legten der Welt gegenüber Zeugnis ab von der Realität der Deutschen Demokratischen Republik. Seit Bestehen der DDR befindet sich der gesamte Außenhandel in den Händen des Volkes. Drei Viertel des gesamten Außenhandelsumsatzes werden mit dem sozialistischen Weltmarkt getätigt, dessen Aufnahmefähigkeit im Gegensatz zum kapitalistischen Weltmarkt immer mehr zunimmt. Der Gesamtaußenhandelsumsatz stieg seit der Gründung der Republik von knapp 3,5 Milliarden Rubel auf 14,3 Milliarden Rubel. 1958 waren die sozialistischen Länder mit 10,5 Milliarden Rubel daran beteiligt, darunter vor allem die UdSSR, Volkspolen und Volkschina.

Die brüderliche Zusammenarbeit im sozialistischen Lager und die gegenseitige Hilfe — wie sie zum Beispiel durch die sowjetischen Erzlieferungen zum Ausdruck kam, als Westdeutschland seine Handelsverträge nicht erfüllte — machen alle Embargo-Bestimmungen der kapitalistischen Seite zunichte. Zu erkennen ist dies auch daran, daß viele kapitalistische Staaten mit der Deutschen Demokratischen Republik Handelsbeziehungen angeknüpft und Verträge abgeschlossen haben. Sie erkennen damit unseren jungen Arbeiter-und-Bauern-Staat de facto an. Ende 1958 waren es weit über 100 Staaten außerhalb des sozialistischen Weltmarktes, die mit uns Handel betrieben und für 2,1 Milliarden Rubel Umsätze tätigten. Seit 1954 ist unsere Handelsbilanz aktiv. Die Initiative unserer Werktätigen —

denken wir nur an die Steckenpferdbewegung! — hat dazu wesentlich beigetragen.

Die Ausweitung des innerdeutschen Handels, vor allem im Interesse der westdeutschen Bevölkerung notwendig, scheiterte bisher an der Haltung der Bonner Regierung. Nach amerikanischem Vorbild werden nach und nach eine Anzahl Kohlenzechen ihre Förderung einstellen, und Zehntausende von Familien werden in Not gestürzt. Eher wird die Produktion stillgelegt, als daß die Monopolpreise gesenkt werden! Wie viele deutsche Kaufleute darüber denken, zeigt ihre Beteiligung an der Leipziger Messe. Das wird auch verdeutlicht durch ihre Stellungnahme zu den Problemen des innerdeutschen Handels und der Einheit Deutschlands anlässlich vieler Aussprachen, auch beim traditionellen Messegespräch der Christlich-Demokratischen Union im Leipziger Unionshaus.

Von Jahr zu Jahr wuchsen die Beteiligung und das Interesse an der Leipziger Messe, deren Ausstellungsfläche sich seit 1950 verdoppelte. Die Zahl der Aussteller ist auf 9380 aus 49 Ländern im Frühjahr 1959 gestiegen. Viele kapitalistische Firmen bemühten sich, mit der Deutschen Demokratischen Republik ins Geschäft zu kommen, weil für sie — im Gegensatz zu den Ansichten mancher westlicher Politiker — die Zahlen der Siebenjahrpläne des sozialistischen Lagers eine Realität bedeuten, die einzukalkulieren ist. Auch das ist ein Ausdruck der wachsenden ökonomischen und politischen Stärke der Deutschen Demokratischen Republik und des sozialistischen Weltlagers.

Das Verkehrswesen trug zur Beschleunigung des Entwicklungstempos bei

Alle Handelsbeziehungen wären nutzlos, jeder Vertrag hinfällig, wenn es nicht gelänge, die Menschen zu den Produktionsstätten zu bringen, Rohstoffe und Fertigwaren zu transportieren. Die Steigerung der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion in unserer Republik und die rege Handelstätigkeit erforderten auch eine entsprechende Transportleistung. Bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik waren die Kriegsschäden im Verkehrswesen zum größten Teil beseitigt. Seit 1950 konnten die Gütertransportleistungen mehr als verdoppelt werden. Die Personenbeförderung stieg um mehr als 50 %.

Den größten Anteil daran hat die Deutsche Reichsbahn mit etwa vier Fünfteln. Die Eisenbahner der Deutschen Demokratischen Republik beteiligten sich durch Wettbewerbe, Verbesserungsvorschläge und Rationalisierungsmaßnahmen an der Erhöhung des Güterumschlags und der Verstärkung des Personenverkehrs. Die Zahl der täglich beladenen Güterwagen hat sich gegenüber 1949 verdoppelt, die Umlaufzeit um 14 % vermindert.

Auch der Kraftverkehr erhöhte seinen Anteil am Binnenverkehr von Jahr zu Jahr, seit Bestehen der Republik im Gütertransport von 65,5 Millionen Tonnen auf 226,5 Millionen Tonnen. Daran war neben den volkseigenen Kraftverkehrsbetrieben und dem Werksverkehr auch das private Fuhrgewerbe mit rund einem Drittel beteiligt. Besonders in den ersten Jahren der Republik haben die Fuhrwerker mit ihren neu hergerichteten Fahrzeugen Großes geleistet. Allerdings wird der Güterkrafttransport in Zukunft mehr und mehr auf den Nahverkehr beschränkt werden. Es war deshalb an der Zeit, auch den Fuhrunternehmern eine Perspektive im Sozialismus zu weisen. Eine Anzahl von Fahrzeughaltern waren schon im Werks- oder öffentlichen Verkehr vertraglich an volkseigene Betriebe gebunden. Es wurde nun versucht, eine ähnliche Vertragsbindung zwischen dem Volkseigenen Kraftverkehr und den übrigen Fuhrunternehmern in Form von Kommissionsverträgen herzustellen. Von der Christlich-Demokratischen Union wurden dazu weitergehende Vorschläge unterbreitet, die den Zusammenschluß mehrerer Betriebe vorsehen. Eine diesbezügliche Regelung wurde noch nicht getroffen.

Ähnlich sieht es in der privaten Schifffahrt aus. Die bisherigen Charterverträge müßten durch eine neue Form — ebenfalls durch Zusammenschluß von Schiffseignern — genossenschaftlicher oder halbstaatlicher Reedereibetriebe ersetzt werden, weil damit der Initiative der Schiffer mehr Raum gegeben ist. Auch hierzu brachte die Christlich-Demokratische Union geeignete Anregungen vor. Die Transportmenge der privaten Binnenschifffahrt betrug 1958 rund 6,8 Millionen Tonnen, die der volkseigenen stieg von 2,7 auf 7,3 Millionen Tonnen. Eine günstige Entwicklung nahm auch die Seeschifffahrt. Anfang 1959 besaß die 1952 gegründete „Deutsche Seereederei“ 34 Schiffe mit einer Gesamttragfähigkeit von 150 000 Tonnen. Ein Teil dieser volkseigenen Handelsflotte wurde aus dem Ausland gekauft, wozu die Mittel der „Steckenpferdbewegung“ dienten. Die überwiegende Zahl der Schiffe wurde in den inzwischen ausgebauten Werften in Rostock, Warnemünde, Stralsund und Wismar gebaut.

Die im Mai 1954 gegründete „Deutsche Lufthansa“ hat neben dem Binnenflugverkehr auch internationale Bedeutung erlangt. Abkommen mit 19 ausländischen Luftverkehrsgesellschaften sichern den Anschluß an das Weltluftverkehrsnetz. 200 000 Passagiere wurden 1958 befördert. Durch die neugegründete Interflug-Gesellschaft und die in Dresden im Bau befindlichen Düsenpassagierflugzeuge wird die Flugverbindung mit dem Ausland weiter verbessert und das Ansehen der Deutschen Demokratischen Republik in aller Welt erhöht werden.

Auch die Nachrichtenübermittlung — Hauptaufgabe der Deutschen Post — hat sich seit der Gründung der Deutschen Demokratischen Republik vorwärts entwickelt. Unter der Leitung des Ministers für Post- und Fernmeldewesen, des Unionsfreundes Friedrich Burmeister, wurden zwischen 1950 und 1958 über 2 000 Postämter und -stellen neu eröffnet. Die Fernsprechanlüsse wurden um 383 000 erweitert und der Schnellverkehr vervollkommen. Der einheitliche Postzeitungsvertrieb gibt die Gewähr für einen rationellen Presseversand. Der Umsatz der Zeitungen und Zeitschriften stieg seit 1950 um die Hälfte, ein Zeichen der wachsenden Anteilnahme der Bürger unserer Republik am politischen und kulturellen Geschehen.

5. Wachsende individuelle und gesellschaftliche Konsumtion — Beweis der Sorge um den Menschen in der Deutschen Demokratischen Republik

Alle Maßnahmen der Regierung zielten seit Gründung der Republik darauf ab, die Lebenslage der gesamten Bevölkerung zu verbessern und damit die Überlegenheit des Sozialismus über den Kapitalismus auch in Deutschland zu beweisen. Im Mittelpunkt der Entwicklung des Arbeiter- und Bauern-Staates steht der Mensch.

Die Lohn- und Preispolitik unserer Regierung führt zur ständigen Steigerung des Wohlstandes der Bevölkerung

Die sozialistischen Produktionsverhältnisse haben in unserer Republik eine grundlegende Veränderung im Charakter der Arbeit herbeigeführt. Die Arbeiter in den volkseigenen Betrieben sind frei von der kapitalistischen Ausbeutung, und es bietet sich für sie erstmals die Möglichkeit, für sich selbst zu arbeiten. Die Arbeitslosigkeit, diese Geißel der Proletarier im Kapitalismus, ist beseitigt. Die Planwirtschaft garantiert den zielstrebigsten Einsatz der Arbeitskräfte und fördert deren Qualifikation. Damit hat die Republik verwirklicht, was in Artikel 15 ihrer Verfassung proklamiert ist: „Das Recht auf Arbeit wird verbürgt. Der Staat sichert durch Wirtschaftslenkung jedem Bürger Arbeit und Lebensunterhalt.“ Das Recht auf Arbeit ergab sich aus dem gesellschaftlichen Eigentum an Produktionsmitteln, das allen Bürgern gleichermaßen Zugang zur Arbeit auf gesellschaftlicher Basis verschafft. Das Recht auf Arbeit besagt somit auch, daß jedem Werktätigen in der Deutschen Demokratischen Republik entsprechend seinen Fähigkeiten Arbeit gesichert ist.

Die Verbesserung der Lebenshaltung hängt aber ab von der Erfüllung der Wirtschaftspläne, das heißt von der Erhöhung der Produktion in Industrie und Landwirtschaft, insbesondere von der Steigerung der Arbeits-

produktivität. Die von Frida Hockauf geprägten Worte „Wie wir heute arbeiten, so werden wir morgen leben“ haben sich unbestreitbar als richtig erwiesen. Diese Wechselwirkung ist keine Zukunftsmusik, sondern heute schon lebendige Wirklichkeit. Jeder Werktätige in der Deutschen Demokratischen Republik kann sich selbst davon überzeugen, welchen Nutzen er von der Erfüllung und Übererfüllung der im Plan festgelegten Aufgaben hat. Während in Westdeutschland die Arbeiter in den Betrieben der kapitalistischen Monopole zum Nutzen des Profits der Aktienbesitzer schuften, arbeiten bei uns in den Betrieben, die dem Volke gehören, die Werktätigen für die Sache der gesamten Gesellschaft. Jeder Arbeiter, jeder Angehörige der technischen Intelligenz ist unmittelbar interessiert an der Erhöhung der Arbeitsproduktivität, an der Verbesserung der Qualität der Arbeit und an der Senkung der Selbstkosten. Höhere Leistungen kommen ihm in Form des höheren Lohnes und in Form von Prämien direkt zugute. Indirekt hat der Werktätige Anteil an allen gesellschaftlichen Einrichtungen, die geschaffen wurden.

Deshalb konnten sich auch die Aktivistenbewegung und der sozialistische Wettbewerb immer breiter entfalten. Nicht „Niederlage und Tod der einen, Sieg und Herrschaft der anderen“, wie es das Prinzip der Konkurrenz besagt, sondern nach sozialistischem Prinzip „Kameradschaftliche Hilfe der Fortgeschrittenen für die Zurückgebliebenen, um einen allgemeinen Aufschwung zu erzielen“, ist die Lösung. Auf Grund der eigenen Erfahrungen haben die Arbeiter erkannt, daß die Erhöhung der Arbeitsproduktivität nicht größere Anwendung von Muskelkraft bedeutet, sondern vor allem besseres Denken. Die Anwendung der fortgeschrittensten Arbeitsmethoden ermöglicht es, die Arbeitsproduktivität bedeutend zu erhöhen, den Materialverbrauch und die Selbstkosten zu senken. Es hat sich erwiesen, daß die Arbeiter ungeahnte schöpferische Kräfte entfalten, wenn sie in einer fortschrittlichen Gesellschaftsordnung leben. Sie vollbringen wahrhaft geniale Taten in der Entwicklung der Technik und der Arbeitsorganisation, wenn die Betriebe Eigentum der Produzenten sind. Durch die hervorragende Beteiligung der übergroßen Mehrheit der Bevölkerung am wirtschaftlichen Aufbau, durch die vorbildlichen Leistungen vieler Tausender Neuerer und Aktivisten konnte das Angebot an Bedarfsgütern vergrößert, konnten Ein- und Ausfuhr erhöht werden.

Die Steigerung der Arbeitsproduktivität und die Senkung der Selbstkosten ermöglichten es, daß in der Zeit von 1950 bis 1957 die Preise für Lebensmittel und Gebrauchsgüter siebenmal gesenkt werden konnten. 1958

wurden die Reste der Lebensmittelrationierung aufgehoben und gleichzeitig eine umfassende Preisregulierung vorgenommen. Damit stiegen die Einkünfte und die Kaufkraft aller Bevölkerungsschichten beträchtlich. Aber auch der Nominallohn der Werktätigen erhöhte sich ständig. Im Jahre 1950 war eine durchschnittliche Lohnerhöhung um 8 % zu verzeichnen, wobei sich für 24 Wirtschaftszweige — zum Beispiel Kohle und Metallurgie — der Lohn bis zu 50 % erhöhte. Im Jahre 1952 erfolgten eine Lohnerhöhung für qualifizierte Arbeiter in den wichtigsten Industriezweigen und die Verbesserung der Meistergehälter in den volkseigenen Betrieben. Auch die Einkünfte der Wissenschaftler, Ingenieure und Techniker wurden verändert. Um ein den Grundsätzen des Leistungslohnes entsprechendes Lohngefüge zu wahren, wurde im Dezember 1953 der Lohn für die Lohngruppen V—VIII ebenfalls erhöht. Die Einkünfte des medizinischen Personals vergrößerten sich um 42,5 Millionen DM. Die Gewerkschaften schlossen in der Privatindustrie Tarifvereinbarungen ab, die diesen Arbeitern und Angestellten eine Lohnerhöhung von insgesamt 183 Millionen DM brachten. Aber auch durch die Abschaffung der Ortsklassen C und D im Jahre 1956 ergab sich eine generelle Lohnerhöhung, die vor allem der Landbevölkerung zugute kam.

Die wichtigste ökonomische Grundlage für das Steigen des Reallohnes ist das ununterbrochene Wachstum der sozialistischen Produktion, ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Lohnerhöhungen sind somit kein Geschenk, sondern sind Ergebnisse der Erfolge der Werktätigen beim sozialistischen Aufbau. Unter sozialistischen Bedingungen vollzieht sich im Einklang mit den Erfordernissen des ökonomischen Grundgesetzes eine ständige Erhöhung des Reallohns. Das führt zur Vergrößerung der kaufkräftigen Nachfrage der Bevölkerung und ergibt in Wechselwirkung wiederum einen ständigen Antrieb für die gesellschaftliche Produktion.

Am gleichen Tage, an dem der Ministerrat der Deutschen Demokratischen Republik weitere Lohn- und Gehaltserhöhungen für Berg- und Chemiearbeiter sowie Lehrer beschloß, am 19. Februar 1959, registrierte man im Ruhrgebiet seit dem Februar des vergangenen Jahres 3 362 171 Feierschichten, die zu einer Lohneinbuße von 70,9 Millionen Mark führten. Die festgelegte Lohnerhöhung in der Deutschen Demokratischen Republik betrug 250 Millionen DM. Dem schlossen sich bis zum 1. Mai 1959 weitere Verbesserungen der Lebenslage der Beschäftigten in den Bereichen der Staatlichen Verwaltung, der Deutschen Post und des Gesundheitswesens an. Im April 1959 wurden ferner Lohnerhöhungen für 250 000 Bauarbeiter

mit einem jährlichen zusätzlichen Lohnaufwand von 90 Millionen DM beschlossen. Für 750 000 Beschäftigte in der Leichtindustrie und im Handel betrug der jährliche zusätzliche Aufwand 275 Millionen DM. Für Angehörige des Gesundheits- und Sozialwesens wurden ab 1. Juli 1959 weitere 70 Millionen jährlich zur Verfügung gestellt.

Diese Maßnahmen der Regierung unserer Republik bedeuten, daß vom 1. Januar 1959 bis zum 1. Mai 1959 2,3 Millionen Arbeiter und Angestellte Lohn- und Gehaltserhöhungen von insgesamt jährlich 940 Millionen DM erhielten. Für jeden dritten Arbeiter und Angestellten in der Deutschen Demokratischen Republik war dies eine effektive Erhöhung seines Einkommens und Lebensstandards. Damit wurde den Beschlüssen des V. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands Rechnung getragen, denen zufolge ganz besonders der Anteil der Arbeiterklasse am Nationaleinkommen, ihren gesellschaftlichen Leistungen beim sozialistischen Aufbau entsprechend, zunehmen muß. Die Kaufkraft der Bevölkerung hat seit Aufhebung der Lebensmittelrationierung bis Juli 1959 um knapp $5\frac{1}{2}$ Milliarden DM zugenommen. Eine solche Erhöhung des Realeinkommens in einer derart kurz bemessenen Zeit ist nur in einem sozialistischen Staat möglich.

Damit wird aber auch immer deutlicher, daß das gesellschaftliche System in Westdeutschland der Arbeiterklasse eine solch vorteilhafte Entwicklung nicht gewährleisten kann. Im Westzonenstaat stiegen neben der Existenzunsicherheit durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit seit 1950 die Preise für Nahrungsmittel ständig, im Vergleich zu 1950 beispielsweise für Brot um 170 %, für Rindfleisch um 150 %, für Butter um 127 %. Die Preise für Dienstleistungen blieben meist über denen in der Deutschen Demokratischen Republik; die Tarife und Gebühren für Wasser und Strom, für Nahverkehrsmittel und die Mieten sind ebenfalls höher. Für eine Wohnung von 55 qm sind im staatlichen Wohnungsbau der Deutschen Demokratischen Republik 40 DM aufzuwenden, im freifinanzierten Wohnungsbau Westdeutschlands 137 DM.

Neben den höheren Löhnen und größtenteils niedrigeren Preisen müssen auch noch die direkten Zuwendungen an die Werktätigen der Deutschen Demokratischen Republik aus den Gewinnen der volkseigenen Betriebe in Betracht gezogen werden. Millionen Mark wurden nach dem Prinzip der materiellen Interessiertheit als Prämien ausbezahlt, für Wettbewerbe, Verbesserungsvorschläge, Materialeinsparungen usw. Auch die Zuschüsse zum Werkkochenessen, für Urlaubsreisen, für Jubiläen sollen noch Erwähnung finden.

All das stellt bereits einen gewaltigen Schritt zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe dar. Jene Stimmen in westlichen Blättern, die sich noch vor Jahren über die Wettbewerbs- und Aktivistenbewegung in der Deutschen Demokratischen Republik lustig machten, sind heute angesichts unserer Erfolge verstummt. Sie zweifeln schon nicht mehr an der Realität der ökonomischen Hauptaufgabe und geben unumwunden zu, daß sich die höheren Produktionsleistungen unserer Arbeiter im wachsenden Lebensstandard unserer gesamten Bevölkerung widerspiegeln.

Das Gesundheits- und Sozialwesen in der Deutschen Demokratischen Republik — Vorbild für ganz Deutschland

Der V. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands erklärte erneut, daß die Sorge um den Menschen ein unumstößlicher Grundsatz der sozialistischen Gesellschaft ist und ihren Ausdruck findet in der steten Verbesserung des Gesundheitsschutzes, im Recht auf Erholung und in der planmäßigen Förderung von Körperkultur und Sport. Das Recht auf eine umfassende, kostenlose Betreuung zur Erhaltung und Wiederherstellung seiner Gesundheit ist jedem Werktätigen garantiert.

Erstmals in unserer Geschichte ist in der Deutschen Demokratischen Republik eine solch umfassende Betreuung verwirklicht worden. Eine einheitliche Gesundheitsverwaltung, vom Ministerium für Gesundheitswesen bis zu den Abteilungen der Räte der Kreise und der Städte, übernimmt die Verantwortung für alle gesundheitspolitischen Maßnahmen, die von Volkskammer und Regierung vorgesehen sind. Die Voraussetzungen, die das Entwicklungstempo des staatlichen Gesundheitswesens beeinflussen, werden von den Werktätigen unserer Republik selbst geschaffen. Das ständige Wachstum der Produktion gibt der Regierung die finanziellen und materiellen Mittel in die Hand, die sie für die weitere Entwicklung aller Zweige der Volkswirtschaft und für die Verbesserung der kulturellen, sozialen und gesundheitlichen Betreuung benötigt.

Welche Bedeutung der Bonner Staat der Gesunderhaltung der Menschen beimißt, ergibt sich schon aus der Tatsache, daß auf zentraler Ebene kein Ministerium vorhanden ist, das sich ausschließlich diesem umfangreichen Aufgabenbereich widmet. Die Durchführung der gesundheitlichen Aufgaben liegt in erheblichem Umfange vielmehr bei gemeinnützigen Vereinigungen, konfessionellen Verbänden und privaten Einrichtungen. So ist es auch nicht verwunderlich, daß die Finanzierung der kommunalen Krankenhäuser und Heilstätten weitgehend von der

Finanzlage der jeweiligen Gemeinden abhängt, die wiederum wesentlich von der Bonner Kriegspolitik beeinflusst wird. Zum großen Teil ist aber die gesundheitliche Betreuung von den finanziellen Verhältnissen des Patienten selbst abhängig. Das findet vor allem in der Klasseneinteilung der kommunalen und konfessionellen Krankenhäuser seinen sichtbaren, aber keinesfalls rühmlichen Ausdruck.

Einige Zahlen sollen veranschaulichen, welche Erfolge in der Entwicklung des staatlichen Gesundheitswesens in der Deutschen Demokratischen Republik erreicht wurden. Im Jahre 1951 wurden aus dem Staatshaushalt der Deutschen Demokratischen Republik dem staatlichen Gesundheitswesen insgesamt 1 037,0 Millionen DM — das sind 56,50 DM pro Kopf der Bevölkerung — zur Verfügung gestellt. Im Jahre 1958 waren es bereits 2 561,5 Millionen DM. Das entspricht einer Ausgabensteigerung von 147 % gegenüber 1951 und einem Pro-Kopf-Verbrauch von 146,22 DM. In diesen Ausgaben sind die Aufwendungen der Sozialversicherung für gesundheitliche Zwecke (Arzneien, Honorare für Privatärzte, stationäre und ambulante Behandlungen) nicht enthalten.

Größte Aufmerksamkeit gilt der Verbesserung der gesundheitlichen Betreuung der ländlichen Bevölkerung. Bald wird die Kluft zwischen Stadt und Land, die besonders auf dem Gebiete des Gesundheitswesens unter kapitalistischen Verhältnissen in Deutschland bestand und noch besteht, in der Deutschen Demokratischen Republik überwunden sein. Die Steigerung der Zahl der Landambulatorien von 167 im Jahre 1951 auf 352 im Jahre 1958 und der Gemeindeschwesternstationen von 2 880 auf 4 335 verdeutlicht die Angleichung des Dorfes an die gesundheitliche Betreuung der Städte. Dazu wird auch die Schaffung eines breiten Netzes staatlicher Arztpraxen — womit seit 1957 vorwiegend auf dem Lande begonnen wurde — beigetragen. Fahrbare Zahnstationen, die besonders der Jugendzahnpflege dienen, sind heute zu einer nicht mehr wegzudenkenden Einrichtung geworden.

In der Deutschen Demokratischen Republik ist mit dem „Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau“ vom 27. September 1950 die Gleichberechtigung der Frau verwirklicht. Es wurden damit gleichzeitig die großen Verdienste, die sich die Frau beim Wiederaufbau erworben hat, gewürdigt. Die jahrzehntelange Forderung der Frau nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit ist damit erfüllt und ihre uneingeschränkte Teilnahme am gesellschaftlichen und beruflichen Leben gesetzlich garantiert. Über 40 % der Beschäftigten in der gesamten Volkswirtschaft sind Frauen. Dies ist möglich

durch die staatliche Unterstützung bei der Unterbringung und Betreuung der Kinder in Kinderkrippen, Kindergärten usw., die folgende Entwicklung ausweisen:

	1951	1958
Plätze in kommunalen Kinderkrippen	6 453	51 245
Plätze in Betriebskinderkrippen	1 685	15 112

Dazu kommen 8 660 Plätze in Säuglingsheimen und 11 585 Plätze in Erntekinderkrippen. Das bedeutet, daß 1951 von 99 Kindern im Alter bis zu 3 Jahren erst ein Kind in einer Krippe untergebracht werden konnte, während 1958 auf 9,1 Kinder ein Krippenplatz kam.

Bedeutend — und nur in einem Arbeiter-und-Bauern-Staat möglich — sind vor allem die finanziellen Unterstützungen für Mutter und Kind. So wandte unser Staat im Jahre 1958 pro Platz in einer Kindertageskrippe 1 449 DM auf, die Einnahmen aus Elternanteilen betragen dagegen nur 211 DM. In den Säuglingsheimen betragen die Aufwendungen sogar 3 010 DM pro Platz, und nur 287 DM flossen an Einnahmen aus Elternanteilen dem Staatshaushalt zu.

Die hohe Bedeutung der Familie als Keimzelle beim Aufbau des Sozialismus fand ihre Würdigung in einer Verordnung, die im Zusammenhang mit der Aufhebung der Lebensmittelkarten beschlossen wurde. Danach erhält jede Mutter bei der Geburt ihres ersten Kindes eine einmalige Unterstützung von 500 DM. Dieser Betrag erhöht sich für jedes weitere Kind und beträgt ab 5. Kind 1 000 DM. Auf Grund derselben Verordnung wird für jedes Kind bis zur Vollendung des 15. Lebensjahres monatlich ein staatlicher Kinderzuschlag von 20 DM gezahlt, wofür jährlich 736,2 Millionen DM bereitgestellt werden.

Für den vorbeugenden Gesundheitsschutz, wie Tbc-Beratung, Impfwesen und Seuchenbekämpfung, wurden 1958 fast 1 Million DM mehr als 1955, insgesamt über 7 Millionen DM ausgegeben.

Schon diese wenigen Beispiele beweisen, daß unter der Arbeiter-und-Bauern-Macht seit 1949 der Gesundheitszustand der gesamten Bevölkerung ständig verbessert wird. Nur gesunde und lebensfrohe Menschen sind in der Lage, den Sozialismus aufzubauen. Das stete und ununterbrochene Wachstum der Produktion versetzt die Regierung in die Lage, das Gesundheitswesen in der DDR zu einem positiven Beispiel für ganz Deutschland zu entwickeln.

Die soziale Betreuung der Bürger unserer Republik steht der gesundheitlichen ebenbürtig zur Seite und ist ein gewichtiger Faktor beim Vergleich des Lebensstandards

im Kapitalismus und in der DDR. Die gesamte politische, organisatorische und finanzielle Leitung der Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten wurde den Gewerkschaften übertragen. Den Versicherungsschutz für die Bauern, Handwerker, kleinen Gewerbetreibenden und freiberuflich Tätigen hat die Versicherungsanstalt übernommen. Die Ausgaben der Sozialversicherung stiegen zwischen 1951 und 1958 von nahezu 4,5 Milliarden DM auf über 7,5 Milliarden DM, die durch die Einnahmen nicht voll gedeckt werden konnten. Es wurden deshalb im gleichen Zeitraum 2,6 Milliarden DM aus dem Staatshaushalt zugeschossen. Davon entfallen seit 1956 etwa 683 Millionen DM auf die Versicherung der selbständig Erwerbstätigen. Nicht nur diese Zuschüsse, sondern auch die erhöhten Rentenleistungen für diese Bevölkerungsschichten werden aus dem Staatshaushalt finanziert. Vom Ausgabevolumen des Versicherungsfonds der Bauern trug der Haushalt der Republik 1957 z. B. 45 %. Auch das ist ein Ausdruck der Bündnispolitik. Bei den Handwerkern wurden 26,2 % und bei den übrigen Selbständigen 29 % der Ausgaben des Jahres 1957 vom Staat übernommen, womit die Haltung gegenüber den Mittelschichten überzeugend dokumentiert wird.

Auch an der Altersversorgung haben alle Bevölkerungskreise gleichermaßen Anteil. Die unermüdliche Schaffenskraft der Berufstätigen ermöglicht den Rentnern einen sorglosen Lebensabend. Das ist um so bemerkenswerter, als auf 2,5 Beschäftigte in der DDR ein Rentner entfällt. Die Ausgaben für Renten stiegen seit 1951 um über 50 %. Die seit 1951 gesetzlich durchgeführten Rentenerhöhungen sind ein Spiegelbild der Sozialpolitik des Staates:

28. Juni 1951	jährliche Auswirkung	49,3 Mill. DM
25. Juni 1953	jährliche Auswirkung	183,0 Mill. DM
16. November 1956	jährliche Auswirkung	952,0 Mill. DM
28. Mai 1958	jährliche Auswirkung	265,0 Mill. DM
1. Mai 1959	jährliche Auswirkung	333,0 Mill. DM
1. Juli 1959	jährliche Auswirkung	58,0 Mill. DM

All diese Rentenerhöhungen sind durchgeführt worden, ohne daß die Beiträge zur Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten erhöht wurden. Die Erfolge der Werkstätigen bei der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten werden den Werkstätigen nicht vorenthalten, wie in den kapitalistischen Staaten, sondern kommen den Schaffenden unmittelbar zugute. Die Rentenerhöhungen wurden auch nicht durch höhere SV-Beiträge finanziert, wie es u. a. in Westdeutschland der Fall ist.

In den Feierabend- und Pflegeheimen stehen alten und gebrechlichen Bürgern zur Zeit 85 000 Plätze zur Verfügung, 10 000 mehr als 1955. Die Unterbringungskosten für hilfsbedürftige Heimbewohner werden aus Mitteln der Sozialfürsorge getragen, während in Westdeutschland in der Regel die Heimbewohner selbst dafür aufkommen müssen.

Die Ausgaben der Sozialversicherung für Kranken-, Haus- und Taschengeld stiegen von 1951 bis 1958 auf 187 %, wobei das Krankengeld vom ersten Tag der Krankheit an gezahlt wird. Besonders großzügig wurde die Versorgung mit Arznei- und Heilmitteln geregelt. Während der Arzt in Westdeutschland einen durchschnittlichen Medikamentensatz von 6,50 DM verbindlich vorgeschrieben erhält, konnten 1958 in der DDR 24 DM pro Kopf der Bevölkerung verausgabt werden.

Für die Genesung und Erholung stehen der Bevölkerung der DDR 222 Kurheime (außer den Heimen des FDGB) mit 21 164 Betten zur Verfügung. Unabhängig von der sozialen Stellung ist allein der Gesundheitszustand für die Kureinweisung maßgebend, während in Westdeutschland vor allem der Geldbeutel dafür ausschlaggebend ist.

Die Entwicklung der Sozialversicherung veranschaulicht das Ziel der Sozialpolitik der DDR, allen Bürgern ein Höchstmaß sozialer Sicherheit zu gewährleisten und auch damit ein Beispiel für ganz Deutschland darzustellen.

Volksbildung und Kultur dienen der umfassenden Entwicklung aller Glieder der Gesellschaft

Mit der demokratischen und sozialistischen Erneuerung der gesellschaftlichen Verhältnisse hat sich auf dem Gebiete der DDR eine umfassende Kulturrevolution vollzogen, die auch eine Umwälzung auf dem Gebiete der Volksbildung zur Folge hatte.

Begonnen wurde diese Veränderung mit der demokratischen Schulreform, mit der ein völlig neues, einheitliches Bildungssystem aufgebaut wurde. Der gesamte Erziehungsprozeß der Jugendlichen vom Kindergarten bis zur Hochschule ist darin eingeschlossen. Den Jugendlichen ist das Recht auf Bildung — unabhängig von der sozialen Stellung — garantiert. Während in der DDR große Summen für die Volksbildung bereitgestellt werden, muß in Westdeutschland dafür neben den Gemeinden der einzelne Bürger aufkommen. 1956 wurden z. B. in der DDR 236,30 DM je Kopf der Bevölkerung für Zwecke der Volksbildung ausgegeben; in Westdeutschland waren es nur 126,75 DM. Die Aufwendungen für die Volksbildung, die Berufsausbildung und den Sport steigerten sich von 1,9 Milliarden DM im Jahre 1955 auf 2,6 Milliarden DM im Jahre 1958 (ohne die Ausgaben für das Hochschulwesen). Im Gegensatz zu Westdeutschland besteht in der

DDR Schulgeldfreiheit; an 60 % der Mittel- und Oberschüler werden Beihilfen gezahlt, und die meisten Jugendlichen erhalten die Schulbücher kostenlos.

Der wirtschaftliche Aufschwung, der seit der Gründung der DDR erreicht wurde, erforderte auch eine Ausbreitung der wissenschaftlichen Forschungstätigkeit, die vom Arbeiter-und-Bauern-Staat in großzügigster Weise unterstützt und gefördert wird. Den Hochschulen wurden von Jahr zu Jahr größere Mittel für ihre Tätigkeit zugewiesen: 1955 waren es 454 Millionen DM, 1958 bereits 505 Millionen DM. Die Tätigkeit unserer Universitäten und Hochschulen dient nur friedlichen Zwecken: die Menschen sollen ein besseres Leben haben und größere Kenntnisse von den Gesetzmäßigkeiten in Natur und Gesellschaft erhalten, um sie in der Praxis anzuwenden. Die persönliche Existenz der Wissenschaftler ist finanziell ausreichend gesichert, und es stehen ihnen nicht nur moderne Institute, sondern auch ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung. 90 % der Studenten erhalten staatliche Stipendien. Dafür wurden 1958 fast doppelt so viel Gelder, nämlich über 85,1 Millionen DM, als 1955 verwendet. Insgesamt erhielten Wissenschaft und Forschung 1,14 Milliarden DM aus dem Staatshaushalt.

Die tiefen gesellschaftlichen Umwälzungen in der DDR haben auch einen Aufschwung des kulturellen Lebens in nationalem und humanistischem Geist zur Folge gehabt. Grundlegende Reformen verschafften den Werktätigen, die durch ihre Tätigkeit erst die Voraussetzungen für ein kulturvolles Leben ermöglichen, auch die Gelegenheit, daran teilzuhaben. Das Theater ist tatsächlich ein Theater des Volkes geworden. Durch das Betriebsanrecht mit den bis zu 30 % verbilligten Eintrittspreisen wächst die Zahl der Besucher und wächst das kulturelle Bedürfnis bei denjenigen, die früher vom Theaterleben ausgeschlossen waren. Kapitalistisches Profitstreben ist bei Theater und Film in der DDR ausgeschlossen. 174 Millionen DM Zuschüsse wurden den Theatern in der Republik zuteil. Der Kunstpflege standen 64 Millionen DM für Museen, Zoologische Gärten und für die Denkmalpflege zur Verfügung. Die besondere Fürsorge galt seit Gründung der Republik der kulturellen Selbstbetätigung der Werktätigen, der Volkskunst, wie überhaupt der gesamten kulturellen Massenarbeit, auch auf dem Lande. Es ist heute für jeden Bürger eine Selbstverständlichkeit, daß er an Kursen der Volkshochschulen, an der Ausbildung in Volksmusikschulen zu außerordentlich niedrigen Gebühren teilnehmen kann, daß er Kultur- und Klubhäuser und Bibliotheken kostenlos benutzen kann. Dafür wurden 1955 etwa 68 Millionen DM und 1958 über 106 Millionen DM verwendet.

Wenn auch in der Deutschen Demokratischen Republik — verfassungsrechtlich garantiert — die Trennung von Staat und Kirche besteht und damit den gesellschaftlichen Bedingungen Rechnung getragen wurde, ist die ungestörte Religionsausübung vom Staate geschützt. Darüber hinaus erhalten die Religionsgemeinschaften vom Staat jährlich bedeutende Mittel. Seit 1946 wurden in den Haushaltsplänen rund 170 bis 180 Millionen DM dafür bereitgestellt. 1400 evangelische Kirchen wurden bis 1957 wiederaufgebaut und 52 neue Gotteshäuser errichtet. Bei der katholischen Kirche waren bei Kriegsende 28 Bauten total zerstört und 70 beschädigt; 56 wurden wiederaufgebaut, 75 sind neu entstanden, und 39 Notkirchen wurden errichtet. Bei den kleineren Religionsgemeinschaften konnten 275 Kirchen und Gemeindehäuser wiederhergestellt oder neu aufgebaut werden. Neben der Zuteilung des Materials und der Arbeitskräfte wurden z. B. folgende finanzielle Mittel für evangelische Kirchen bereitgestellt:

St. Nikolai, Potsdam	475 000 DM
Barfüßerkirche Erfurt	244 000 DM
St. Wolfgang, Schneeberg	179 000 DM
Oberkirche Cottbus	259 000 DM.

Die Ausbildung des theologischen Nachwuchses erfolgt an den Universitäten der DDR, wofür rund 4 Millionen DM jährlich zur Verfügung stehen. An die Theologie-Studenten und -Aspiranten werden außerdem jährlich 1,6 Millionen DM an Stipendien aus staatlichen Mitteln gezahlt.

Dieser Abriß der Aufwendungen, die direkt oder indirekt den Bürgern unserer Republik im Ergebnis der immer höheren Anstrengungen aller Werktätigen zufließen, ist bei weitem nicht erschöpfend. Er sollte aber ausreichen, den Blickwinkel zu erweitern und das Bewußtsein von der Kraft unserer Republik und der sicheren Perspektive ihrer Bürger zu festigen.

III. Die Deutsche Demokratische Republik — Basis für den Sieg des Sozialismus in Deutschland

Der großartige Aufschwung, den die Volkswirtschaft seit Bestehen der Republik genommen hat, wurde in den letzten Jahren in zunehmendem Maße für jeden einzelnen Bürger, ganz gleich ob Arbeiter oder Unternehmer, ob Bauer oder Handwerker, ob Jugendlicher oder Rentner, sichtbar und verdeutlichte sich in seiner Lebens- und Denkweise. Die Grundlagen für den Sieg des Sozialismus sind durch den Arbeitsenthusiasmus der Werktätigen, aber auch durch den Fleiß zahlreicher Angehöriger der Mittelschichten geschaffen worden. Das war die Voraussetzung, um im zehnten Lebensjahr der DDR zu Taten zu schreiten, die das bisher Geleistete noch bei weitem übertreffen werden.

Die bisher errungenen einzigartigen Erfolge, die das Ergebnis hervorragender Leistungen der Arbeiter und Bauern, der Intelligenz, der Handwerker und Gewerbetreibenden waren, veranlaßten die Partei der Arbeiterklasse, für den dritten Fünfjahrplan weitere Hauptaufgaben festzulegen. Wie in andern sozialistischen Ländern, wurden auch für die DDR im friedlichen Wettstreit mit kapitalistischen Ländern bestimmte ökonomische Ziele gesteckt, deren Erreichung die Überlegenheit der sozialistischen Ordnung eindeutig beweisen wird. Der V. Parteitag der SED beschloß, die Volkswirtschaft der DDR so zu entwickeln, daß bis 1961 der Pro-Kopf-Verbrauch der Bevölkerung der DDR an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern den Westdeutschlands übertrifft. Dafür ist eine Zeitspanne von 1000 Tagen vorgesehen, in der täglich und stündlich um die Erfüllung dieser Aufgabe gerungen werden muß.

In völliger Übereinstimmung und brüderlicher Zusammenarbeit mit den Ländern des Sozialismus wurden die bisherigen Planziele erhöht. Zusammengefaßt mit der Perspektive bis 1965 wurden Siebenjahrpläne ausgearbeitet. Diese sind ganz besonders auf die zunehmende Arbeitsteilung innerhalb des sozialistischen Weltsystems abgestellt. Der Bedarf an Walzstahl, Roheisen, Eisenerz, Erdöl und anderen wichtigen Rohstoffen wird durch die Unterstützung der UdSSR und der anderen sozialistischen Länder gedeckt werden. Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, der seit nunmehr zehn Jahren besteht, hat wichtige Empfehlungen hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung der Teilnehmerländer gegeben. Im Chemieprogramm werden sich die Länder im Apparatebau unterstützen und Kooperationen im Bau von chemischen Anlagen vornehmen. Der Maschinenbau ist weitgehend zu spezialisieren, wobei auf den besonders entwickelten Zweigen der einzelnen Länder (z. B. DDR — Maschinenbau, Polen — Schiffsbau, Bulga-

rien — Landmaschinenbau usw.) gefußt wird. Die Spezialisierung wird die Arbeitsproduktivität steigern und allen beteiligten Ländern hohen Nutzen bringen.

Die Voraussetzungen im internationalen Maßstab — die gegenseitige Unterstützung vor allem in der Sicherung der Rohstoffbasis — sind geschaffen. Es liegt nun an den Werktätigen der DDR, die geplanten Vorhaben zu verwirklichen. Im Siebenjahrplan sind eine ganze Reihe großer Bauten vorgesehen, deren Errichtung eine gewaltige Arbeitsbegeisterung erfordert. Dazu hat sich vor allem unsere Jugend bereit erklärt. Es sei nur an das Erdölkombinat Schwedt erinnert, an den Ausbau des Flughafens Schönefeld zum Düsenflugplatz, an die Entwässerung der Wische. Wäre es früher möglich gewesen, Jugendliche für solche Vorhaben freiwillig zu gewinnen? An weiteren Großbauten wurden vorgesehen: die Großkraftwerke Lübbenu und Vetschau, der Ausbau des Rostocker Hafens, die Errichtung des ersten Atomkraftwerkes Deutschlands zur Erzeugung elektrischer Energie, der verstärkte Wiederaufbau der Städte — vor allem Berlins — und damit der Neubau weiterer Wohnungen. Bis 1965 soll der Wohnungsbau auf mehr als 100 000 Wohnungen jährlich gesteigert und damit die Wohnungsbautätigkeit Westdeutschlands weit übertroffen werden.

Die gesamte Industrieproduktion wird auf mindestens 150 % anwachsen und damit die Versorgung der Bevölkerung mit wichtigen industriellen Massenbedarfsgütern entscheidend verbessert werden. Bereits 1961 soll das Warenangebot bei Schuhen auf 23,5 Millionen Paar, bei wollenen Geweben auf 48,7 Millionen qm erhöht werden. 1961 werden 68 000 Personenkraftwagen hergestellt werden. In der Landwirtschaft soll das staatliche Aufkommen pro Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche bis 1965 bei Schlachtvieh (ohne Schweine) auf 69,6 kg, bei Schlachtschweinen auf 113 kg und bei Milch auf 1083 kg gesteigert werden.

Ein Zuwachs von solchem Ausmaß ist nur möglich, wenn den Werktätigen die fortgeschrittenste Technik zur Verfügung steht. Deshalb wurde der sozialistischen Rekonstruktion der Betriebe besondere Bedeutung beigemessen. Die 5. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands befaßte sich eingehend damit und mit der sich daraus ergebenden Steigerung der Arbeitsproduktivität. Die Leitungen der Betriebe wurden dafür verantwortlich gemacht, mit Hilfe der reichen Erfahrungen der Werktätigen die sozialistische Gemeinschaftsarbeit auf der höchsten Stufe der Technik zu sichern. Der Produktionsprozeß soll besser organisiert werden, die Spezialisierung der Fertigungsvorgänge muß erfolgen. Dabei ist vor allem der Weg einzuschlagen, rationelle technologische Verfahren

mit Hilfe der vorhandenen maschinellen Ausrüstung einzuführen. Das ist notwendig, um zur Erfüllung der ökonomischen Hauptaufgabe maximal Zeit zu gewinnen.

Seit der Verkündung dieser ökonomischen Hauptaufgabe sind 400 Tage vergangen. Inzwischen wurde viel erreicht. Im ersten Halbjahr 1959 sind die Geldeinnahmen der Bevölkerung der DDR um 2,7 Milliarden DM gestiegen. Die Einzelhandelsumsätze stiegen um 2,2 Milliarden DM. Als Dank gegenüber unserem Staat wurde aus Anlaß des 10. Jahrestages der Republik eine große Wettbewerbsbewegung ins Leben gerufen, in der bis Ende Juli 2 570 000 Werktätige Verpflichtungen übernommen hatten. Die Produktionspläne sollen in allen Betrieben bis zum Tag der Republik mit 80 % erfüllt werden. Die Zuwachsrate der industriellen Bruttoproduktion erreichte von Januar bis Juli schon 12,7 %, im Bauwesen stieg sie sogar auf 25 % an. In der Leichtindustrie ergaben sich ebenfalls beträchtliche Steigerungen. Die Warenbereitstellung in Fleisch- und Wurstwaren stieg um 20 %, bei Milch und Sahne um 35 % und bei Kaffee um 13 % im Vergleich zum Vorjahr.

Zahlreiche Angehörige des Mittelstandes sind ebenfalls Verpflichtungen zum Jahrestag der Republik eingegangen. Von der Christlich-Demokratischen Union wurde eine Bewegung „Wir sichern den Frieden durch gute Taten für unsere Republik“ ausgelöst, der sich viele Mitglieder und parteilose Christen anschlossen. Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften verpflichteten sich zu höheren Hektarerträgen. Im Bezirk Magdeburg wurden 26 000 freiwillige Erntestunden geleistet. Dort traten auch 200 Mitglieder Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften neu bei. Produktionsgenossenschaften des Handwerks übernahmen zusätzliche Fertigungsaufgaben, wie in Calbe die PGH Bau im Werte von 40 000 DM. Halbstaatliche Betriebe erhöhten Planaufgaben. Mitglieder der CDU gingen im Nationalen Aufbauwerk beispielgebend voran und regten parteilose Christen zur Mitarbeit an, wie in Bernsdorf (Kr. Hoyerswerda).

Der Beweis ist erbracht, daß die Bewegung zur Lösung der ökonomischen Aufgaben als Beitrag zum Sieg des Sozialismus alle Bevölkerungsschichten erfaßt hat, weil die unaufhaltsame Aufwärtsentwicklung der DDR ihnen die Gewähr für den Sieg über Militarismus und Krieg, für ein Leben in Frieden und Wohlstand in einem zukünftigen einheitlichen und demokratischen Deutschland bietet.